



30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn! Besetzt die Betriebe!

**Für eine
Arbeiterregierung!**

**Keine Illusionen
in die SPD!**

3. Juni – Seit dem 14. Mai streiken in Nordwürttemberg/Nordbaden 14 000 Metalller. Als die Bosse von Daimler Benz am 16. Mai den Beschluß bekanntgaben, zwei Drittel der Belegschaft auszusperrn, durchbrachen 12 000 Daimler-Benz-Arbeiter die „Mini-Max“-Strategie des IGM-Vorstands der Beschränkung des Streiks auf wenige Zulieferbetriebe der Autoindustrie und traten ebenfalls in den Streik. Seit dem 21. Mai werden in Hessen neun Betriebe bestreikt – darunter Opel Rüsselsheim als erster Riesenbetrieb mit über 30 000 Beschäftigten. Gleichzeitig setzt auch die IG Druck und Papier die Kampagne für die 35-Stunden-Woche mit Schwerpunktstreiks fort.

Doch die Kapitalisten arbeiten weiter mit der Rasierklinge; in Westdeutschland und in Westberlin schreiten sie zu „kalten“ Aussperrungen, in Baden-Württemberg und Hessen sind bereits 200 000 Metalller von der „heißen“ Aussperrung betroffen. Die Gewerkschaftsführer konterten mit zweistündigen Solidaritätsstreiks aller Gewerkschaften in Baden-Württemberg und Hessen. Doch wie weiter? Wollten Mayr, Steinkühler und die Bürokraten der anderen Gewerkschaften wirklich eine „Arbeitszeitverkürzung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ durchsetzen, wäre klar, daß sie einen wirklichen Kampf um die Macht führen müßten. Das ist es auch, was große Teile der Arbeiter verstanden haben, insbesondere die, die bereits den Kampf aufgenommen haben. Die Kohl/Strauß-Regierung unterstützt direkt die Massenausperrungen. Sie ordnete an, daß die Bundesanstalt für Arbeit kein Kurzarbeitergeld an „kalt“ Ausgesperrte zahlt, trotz rechtlicher Verpflichtung. Ein IG-Metall-Bürokrat beklagte das Verhalten der Regierung als „klare Verletzung des Neutralitätsgebots auf Kosten der Gewerkschaft“. Nur ein deutscher Sozialdemokrat kann glauben, daß der kapitalistische Staat einen wichtigen Streik finanzieren würde. Ein ernsthafter Kampf erfordert Opfer. Das wissen die Arbeiter und sie sind darauf vorbereitet. Die Kapitalisten und die Kohl/Strauß-Regierung haben einen Gene-



Opel Rüsselsheim, 22. Mai: Massenstreikposten machen das Hauptportal dicht

ralstreik als Antwort verdient. Aber Boß Mayr winkt ab, zwar spricht er „von einem ‚schwerwiegendem Problem‘, doch denke die IG Metall nicht daran, weitere Urabstimmungen durchzuführen, um mit der Vergrößerung... der Streikfront... das Problem zu lösen.“ (nach *Frankfurter Rundschau*, 22. Mai)

Denn die Gewerkschaftsoberen fühlen sich vor allem in ihrem Element – nicht in der Streikpostenkette, sondern mit einem Bein auf dem Grundgesetz und dem anderen unter dem Verhandlungstisch. Und schon schmusen sie wieder in geheimen Spitzengesprächen mit den Gegnern und liebäugeln damit, „den Tarifkonflikt noch in dieser Woche bundesweit zu lösen“; und so kann man sich trotz der markigen Reden beim „Marsch auf Bonn“ am 28. Mai nur ein klägliches Knurren beim Tarifkuhhandel in Stuttgart ausmalen.

**Für eine Arbeiterregierung,
die die Kapitalisten enteignet!**

Hinter der Mogelpackung „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“ steckt in Wirklichkeit die Absicht der Bürokraten, für den Erhalt von wenigen Jobs mehrjährige

Lohnsenkungen durchzuführen. Damit rühren die IGM-Bürokraten die Werbetrommel für eine Neuauflage von Schmidts NATO-Lohnraub-Regierung und mobilisieren Hunderttausende nach Bonn, nicht um das Bundeshaus in den Rhein zu kippen, sondern – wie mit den Massendemonstrationen im Herbst 1982 – um die Ministersessel für die SPD zu reservieren.

Von einer SPD-Regierung haben die Arbeiter hier genausoviel zu erwarten wie ihre französischen Klassenbrüder von Mitterrands „sozialistischer“ NATO-Volksfront: Austerität, Austerität und Austerität. Wenn 200 000 Metalller nach Bonn marschieren, so ist das nicht das gleiche wie eine nationalistische „Friedensdemonstration. Hier werden diejenigen mobilisiert, die diese Gesellschaft in Gang halten – die IG Metall, stärkste Einzelgewerkschaft der Welt. Aber wozu? Um Dampf abzulassen? Sie können zwar weder Regierung noch die Bundesanstalt für Arbeit zwingen, Arbeiterinteressen zu vertreten, aber sie haben Kraft und Macht, diese Gesellschaft zu führen und zu organisieren.

Um jetzt die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, eine würdige Existenz für alle zu schaffen, muß die vorhandene Arbeit auf alle Hände verteilt werden: *Für 30 Stunden Arbeit*

*bei 40 Stunden Lohn und automatischen Ausgleich der Inflation, für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit! Alle Betriebe müssen besetzt werden, Bosse, Management und Streikbrecher gehören ausgesperrt und die Tore müssen dicht bleiben. Das ist die einzige Sprache, die die Bosse verstehen. Denn es trifft ihre empfindlichste Stelle, ihr hochheiliges Eigentum. Betriebsbesetzungen stellen praktisch die Frage der Macht, nicht nur im Betrieb, sondern in der ganzen Gesellschaft. Verbunden mit Massenstreiks sind sie Hebel, die reaktionäre Kohl-Regierung zu verjagen. Das Elend der Massenarbeitslosigkeit muß beseitigt werden durch die entschädigungslose Enteignung aller Kapitalisten, durch eine wirkliche Arbeiterregierung. Für eine Regierung der Arbeiterräte! Demgegenüber erklären die Gewerkschaftsführer ehrfurchtig: „Wir haben den Streik bewußt klein angefangen, um den Unternehmen die Chance zu geben, durch Verhandlungen den Schaden gering zu halten“ (Interview mit IG-Metall-Justitiar Kittner, *Spiegel* Nr. 21, 21. Mai). Kein Wunder, daß Gesamtmetall die Muskeln spielen läßt, Aussperrungen verhängt, Streikbrecher organisiert und Polizei-Schlägertrupps gegen die Arbeiter*

Fortgesetzt auf Seite 8

Arbeiterkämpfe in Europa

Französische Stahlarbeiter ... 4

Britische Bergarbeiter ... 5

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Polen: Das Kreuz der Konterrevolution

Der „Kruzifix-Krieg“ in Polen endete Anfang April mit einem „Kompromiß“: In der staatlichen Landwirtschaftsschule von Mietne dürfen Kruzifixe zwar nicht mehr in den Klassenzimmern aufgehängt werden, wohl aber in den Internatsräumen und in der Schulbücherei. Mit solchen „Kompromissen“ vergrößert die stalinistische Bürokratie in Polen nur den konterrevolutionären Appetit der klerikalen Reaktion. Der Vatikan provozierte die Auseinandersetzung als Begleitmusik für das westliche Fünf-Milliarden-Hilfsprogramm für die polnische Privatbauernschaft, die die soziale Basis für eine klerikal-kapitalistische Konterrevolution in Polen bildet. Der gutinformierte Spiegel (7. Mai) berichtet über das „mit dem Vatikan, den Kirchenführern im EG-Bereich und den USA“ abgesprochene Projekt: „Die Tatsache, daß die im Projekt genannten Summen in Deutscher Mark und nicht wie sonst in US-Dollar angegeben wurden, ließ darauf schließen, daß Polens Kirchenführung den größten Betrag aus der Bundesrepublik erwartete.“

So setzt die deutsche Bourgeoisie jetzt über Kohl und Strauß fort, was Schmidt und Brandt mit ihrer Ostpolitik erfolgreich begannen: die



Foto: Zydowski Instytut Historyczny Warszawa

Warschau, 1943: Nazis treiben Juden zum Abtransport in die Gaskammern

ökonomische Unterminierung des polnischen Arbeiterstaates als Vorbereitung der kapitalistischen Restauration. Wir Trotzisten verteidigen den polnischen deformierten Arbeiterstaat bedingungslos militärisch gegen Imperialismus und innere Konterrevolution.

Der folgende Artikel aus Young Spartacus Nr. 117, April 1984, der Zeitung unserer amerikanischen Genossen der Spartacus Youth League, wurde vor dem vorläufigen Abschluß des „Kruzifix-Kriegs“ geschrieben.

Die Religion ist die „wichtigste moralische Waffe der Bourgeoisie“, erklärte Leo Trotzki, Kommandeur der Roten Armee, als die Armeen der Weißen und die Expeditionstreitkräfte von 14 imperialistischen Mächten, einschließlich der USA, die bolschewistische Revolution im Keim zu ersticken versuchten. Und heute, wo der Weltkapitalismus wieder mobilisiert, um die Sowjetunion zu zerstören, ist die Religion wieder die wichtigste moralische Waffe der Reaktion, angefangen bei Reagans Versuchen, in den Vereinigten Staaten wieder das Schulgebet einzuführen, bis zum Schlachtruf der von der CIA organisierten Contras, die in Nicaragua einfallen: „Mit Gott und Patriotismus kämpfen wir gegen den Kommunismus.“

Die Religion als konterrevolutionäre Waffe der Bourgeoisie ist nirgends mächtiger und eine unmittelbare Bedrohung als in Polen. Unter dem Banner von Adler und Kreuz hatte Lech Walesa Solidarność Polen an den Rand einer proimperialistischen Konterrevolution geführt. Seit der Unterdrückung von Solidarność durch die stalinistische Bürokratie im Dezember 1981 ist die katho-

liche Hierarchie und Priesterschaft zum Zentrum der direkten Organisation der anti-kommunistischen Reaktion geworden. Die Pilgerreise, die Papst Johannes Paul Wojtyla, früher Bischof in Krakow, im letzten Jahr in sein Heimatland gemacht hat, entfesselte eine Orgie von antisowjetischer und anti-kommunistischer Hysterie.

Und jetzt findet der „Kruzifix-Krieg“ statt. Als eine grundlegende demokratische Maßnahme zur Trennung von Kirche und Staat hat die Warschauer Regierung beschlossen, daß Kruzifixe aus öffentlichen Schulen entfernt werden müssen. Daraufhin besetzten Schüler unter Führung von Priestern eine Landwirtschaftsschule in Mietne, etwa 60 km südöstlich von Warschau, worauf diese von den Behörden geschlossen wurde. Die gesamte Kirchenhierarchie, einschließlich des angeblich „gemäßigten“ Kardinals Glemp sowie Wojtyla in Rom, ist in diesen „Kruzifix-Krieg“ gezogen. Nach der Rückkehr von einer Reise zur rechten Militärdiktatur in Brasilien, der „Welt größtes katholisches Land“, hat Glemp die Rechtmäßigkeit aller Gesetze in Frage gestellt, die die Vor-

rechte der Kirche einschränken: „Sind Gesetze richtig, die die Gefühle der Mehrheit der gläubigen Gesellschaft weitreichend und zutiefst verletzen?“ (New York Times, 15. März)

Angesichts der Autorität und Beliebtheit der Kirche in der polnischen Bevölkerung und des völligen politischen (abgesehen vom finanziellen) Bankrotts des Jaruzelski-Regimes könnte der „Kruzifix-Krieg“ eine gefährliche konterrevolutionäre Massenmobilisierung entfachen. Nicht nur klassenbewußte Arbeiter, sondern alle, die demokratische Grundsätze verteidigen, müssen die polnische Regierung gegen die Kräfte der klerikal-nationalistischen Reaktion unterstützen.

Hitler „säuberte“ Polen für die katholische Kirche

Einer der lokalen Priester, der den „Kruzifix-Krieg“ anführte, ging soweit, Nicht-Katholiken das Existenzrecht abzusprechen. Er denunzierte die weltlichen Kräfte: „Sie waren keine Polen, sie waren Feinde. Es gibt kein Polen ohne das Kreuz.“ (New York Times, 9. März) Dieser Aufruf zu einer antikommunistischen Inquisition wurde von keinem geringeren Organ des Imperialismus als der New York Times in einem Leitartikel vom 16. März unterstützt:

„Wenn kommunistische Führer anordnen, daß die Kruzifixe aus den Schulräumen entfernt werden, und Miliz einsetzen, um diese Anordnung durchzusetzen, dann kann ein Priester überzeugend erklären, daß sie ‚keine Polen‘ sind... Polens Religion, gestärkt durch Nationa-

lismus und Populismus, hat auf eine Art und Weise, wie man sie sonst nirgendwo in Europa findet, das Ideal der Nation über Jahrhunderte aufrechterhalten.“

Polen als allumfassend ewig hingebungsvolle katholische Nation ist ein Mythos des Kalten Krieges.

Wenn das Jaruzelski-Regime auch nur ein Gefühl von historischer Gerechtigkeit hätte, könnte es als Antwort auf die Priester vorschlagen, Davidsterne in den Schulen aufzuhängen. Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es in Polen drei Millionen Juden – zehn Prozent der Bevölkerung – der größte jüdische Bevölkerungsanteil der Welt. Dabei ist es wichtig, daran zu erinnern, daß Marschall Józef Pilsudski, der faschistoide Diktator im Zwischenkriegspolen, die große Heldenfigur von Solidarność ist. In den dreißiger Jahren betrieb die katholische Kirche eine offene Hetze für antisemitische Pogrome. So verkündete Kardinal Hlond in einem Hirtenbrief:

„Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Juden gegen die katholische Kirche kämpfen, sie sind Freidenker und bilden die Avantgarde von Atheismus, Bolschewismus und Revolution. Der jüdische Einfluß auf die Moral ist fatal...“ (zitiert nach Simon Segal, *The New Poland and the Jews*, 1938)

Klerikal-faschistische Banden griffen die jüdischen Gemeinden mit der stillschweigenden Zustimmung von Pilsudskis Nachfolgern an, dem sogenannten „Regime der Obristen“. Aber es waren die Nazibesetzung und der Holocaust, die Polen endgültig für die katholische Kirche „gesäubert“ haben. Und der Vatikan erwies seine Dankbarkeit, indem er Nazi-Kriegsverbrechern die Flucht ermöglichte, wie zum Beispiel dem Massenmörder Walter Rauff, der bis zu seinem kürzlichen Tod in Pinochets Chile lebte.

Kampf der klerikal-nationalistischen Reaktion!

Als die Rote Armee 1944 Polen vom Schrecken der Nazibesetzung befreite, war ein Großteil der polnischen Arbeiterklasse, aus langer Tradition heraus, sozialistisch und antiklerikal. Jahrzehnte von bürokratischer Unterdrückung, krasser Korruption und immer wieder gebrochenen Versprechen von „sozialistischer Demokratisierung“ haben jedoch dazu geführt, daß die Werktätigen sich gegen die stalinistische Version des „real existierenden Sozialismus“ wandten. Gleichzeitig erlaubten die Stalinisten der mächtigen katholischen Kirche, zur einzigen tolerierten Stimme der politischen Opposition zu werden. Anfang der siebziger Jahre erzählte der Leiter des Regierungsamtes für religiöse Angelegenheiten einem westlichen Journalisten: „Natürlich gibt es Zensur, außer für die 18 000 Kanzeln, wo die Priester sagen können, was sie wollen; und es kümmert sich wirklich niemand darum, was sie gelegentlich sagen.“ (zitiert nach George Blazynski, *Flashpoint Poland*, 1979) Jaruzelski beschwert sich jetzt über Priester, „die die Kanzel mit einem Mikrofon von Radio Freies Europa verwechselt haben“ (*Washington Post*, 17. März). Aber es waren gerade Jaruzelski und seinesgleichen, die es erlaubt haben, daß diese Radio-Freies-Europa-Kanzeln so einflußreich werden konnten. Ein besonders krasses Beispiel für die offene Unterstützung der klerikalen Reaktion in Polen durch die Stalinisten ist Pax – zumindest bis zur Unterdrückung der Solidarność-Konterrevolution das wahrscheinlich größte Privatunternehmen in Polen. Pax erhielt die gleiche Vorzugsbehandlung wie staatseigene Firmen; es kontrollierte die Herstellung der gesegneten Kerzen, von Rosenkränzen, religiösen Souvenirs usw. Nicht nur, daß Pax im Grunde eine vom Staat sanktionierte pro-katholische Front ist, sie wurde auch noch von einem waschechten Faschisten geführt:



Solidarność-Führer Walesa mit dem Kreuz der Konterrevolution

Boleslaw Piasecki. Dieser hatte eine profaschistische Gruppe gegründet und im Polen der Zwischenkriegszeit jüdische Studenten angegriffen, wobei er sich wegen seiner Vorliebe für Rasiermesser den Spitznamen Gillette-Mann erwarb.

Die wachsenden Kräfte des Klerikal-Nationalismus im stalinistischen Polen explodierten mit der Gründung von Solidarność im Spätsommer 1980. Zwar waren die Motive der Arbeitermassen, die zu Solidarność strömten, berechtigte Beschwerden gegen die Bürokratie und der Wunsch nach einem leichteren Leben. Diese „freie Gewerkschaft“ wurde jedoch von Beginn an von verhärteten klerikal-nationalistischen Reaktionen geführt, die sich auf dem ersten nationalen Kongreß von Solidarność im September 1981 um ein konterrevolutionäres Programm konsolidierten. Bezeichnenderweise wurden in diesem Programm nicht nur Kruzifixe in den öffentlichen Schulen, sondern eine umfassende allgemeine katholische Erziehung gefordert: „Der Katholizismus ist der lebendige Glaube der meisten Polen. Wir sind der Auffassung, daß der Prozeß der nationalen Erziehung in ehrlicher und angemessener Weise der Rolle und dem Platz des Christentums und der Kirche in der Geschichte Polens und der Welt Raum geben muß.“ (zitiert nach Abraham Brumberg, Hrsg., *Poland: Genesis of a Revolution*, 1983)

Während die Pseudolinken im Westen dieser polnischen gelben Gewerkschaft im Dienste von Wall Street, CIA, Deutscher Bank und Vatikan zugejubelt haben, warnten wir: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ Was wäre geschehen, wenn die russischen und polnischen Bürokraten zu eingeschüchert gewesen wären, und Lech

Fortgesetzt auf Seite 11

KONTAKTADRESSEN

FRANKFURT: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: (0611) 72 70 54

HAMBURG: Postfach 20 14 34
2000 Hamburg 20
Tel.: (040) 31 46 56

WESTBERLIN: Postfach 21 07 05
1000 Berlin 21
Tel.: (030) 8 82 11 75

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierende Sektion der
internationalen Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Fred Zierenberg

REDAKTION: Marianne Clemens, Doris Kohn,
Silvia Lenz, Christoph Steiner, Anja Valentin

PRODUKTION: Andreas Heller

VERTRIEB: Birgit Kramer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.

ISSN 0173-7430

Oakland/USA: Rassistische Verschwörung gegen Streikposten zurückgeschlagen!

Lauren und Ray müssen nicht in den Knast!

Die acht Monate dauernde Verschwörung der Staatsanwaltschaft von Alameda County in Kalifornien und der Telefongesellschaft Pacific Telephone (PT&T), um die schwarze Telefonarbeiterin Lauren Mozee und ihren Freund und Gewerkschaftskollegen Ray Palmiero hinter Gitter zu bringen, wurde am 6. April gestoppt. An diesem Tag wurden die Anklagen gegen Lauren wegen „schwerer Verbrechen“ und bereits zwei Wochen vorher gegen Ray „mangels Beweisen“ fallengelassen. Die Anklage gegen Lauren wurde auf „Ordnungswidrigkeiten“ reduziert, worauf sie entgegnete: „Kein Einspruch.“ Daraufhin wurde Lauren zu acht Wochenenden „Gemeindearbeit“ verurteilt. Unter dem Druck der vom Phone Strikers Defense Committee (Komitee zu Verteidigung der streikenden Telefonarbeiter) initiierten Verteidigungskampagne waren die rassistischen, arbeiterfeindlichen Verleumdungen von Staatsanwaltschaft und PT&T geplatzt.

Die Verschwörung gegen Lauren und Ray hatte beim nationalen Telefonarbeiterstreik im letzten Sommer begonnen. Lauren war als Streikposten im vom faschistischen Ku Klux Klan verseuchten San Leandro eingesetzt, als sie von einer rassistischen Streikbrecherin, der leitenden Angestellten von PT&T, Hansen, als „schwarze Niggerhure“ beschimpft und ins Gesicht geschlagen wurde. Lauren verteidigte sich gegen die Angreiferin und Ray eilte ihr zu Hilfe. Dafür wurden Lauren und Ray von PT&T gefeuert, erhielten keine Arbeitslosenunterstützung und wurden „schwerer Verbrechen“ und der „Körperverletzung“ angeklagt, genug, um jeden von ihnen für siebeneinhalb Jahre hinter Gitter zu bringen (siehe *Spartakist* Nr. 49, März 1984).

In einem kalkulierten Akt von politischem Rassismus hatten sich Staatsanwaltschaft und PT&T Lauren und Ray herausgegriffen. Die beiden sind ein gemischtrassisches Paar und Mitglieder des von unseren Genossen der Spartacist League/U.S. (SL/U.S.) politisch unterstützten Militant Action Caucus, der klassenkämpferischen Opposition in der Telefonarbeitergewerkschaft (Communica-



Ray Palmiero, Lauren Mozee und ihre beiden Kinder

tion Workers of America – CWA). Sie sind bekannt als militante Gewerkschafter, die während des Streiks dafür kämpften, die Telefongesellschaft durch Massenstreikposten lahmzulegen. Lauren erklärte zur von Justiz und Bossen organisierten Treibjagd: „Das alles reicht in die Zeit (vor zehn Jahren) zurück, als ich noch bei den (Black) Panthers war; sie sagten sich, damals konnten sie mich nicht kriegen, also versuchen sie es jetzt.“ Aber aus dem fest erhofften Sieg von PT&T und bürgerlicher Justiz gegen Lauren und Ray und gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung ist eine Niederlage der Bosse und ihrer Gerichte geworden! Alle Anklagepunkte müssen fallengelassen werden!

Die vom Verteidigungskomitee, der SL/U.S. und dem Partisan Defense Committee (der Verteidigungsorganisation der SL/U.S.) initiierte Kampagne konnte den rassistischen Angriff gegen Lauren und Ray nur vereiteln, weil sie sich weder auf den „Buchstaben des Gesetzes“ noch auf die passive Bürokratie der CWA verlassen hatte,

sondern auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten baute. Ausgabe für Ausgabe verbreitete *Workers Vanguard*, die Zeitung der Spartacist League, diesen Fall im ganzen Land und mobilisierte für Lauren und Rays Verteidigung. Nicht nur die Anstrengungen der SL/U.S., auch ihr hohes Ansehen als Verteidigerin aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, errungen durch erfolgreiche Mobilisierungen wie die Verhinderung des Ku Klux Klan-Aufmarschs in Washington durch 5000 Schwarze und Arbeiter am 27. Oktober 1982 (siehe *Spartakist* Nr. 46, März 1983), waren wesentlich, um diese Verteidigungskampagne zu gewinnen.

Lauren und Rays Kollegen standen in der vordersten Front der Verteidigungskampagne – trotz Schikanen, Anordnung von Überstunden und Verfolgung durch PT&T –, um militante Teile unter der Belegschaft zu knacken. Während der zahlreichen Gerichtstermine war der Gerichtssaal ständig voll von Gewerkschaftern. Eine Demonstration von

über 400 Gewerkschaftern, Schwarzen und Sozialisten am 29. Oktober letzten Jahres zwang den Staatsanwalt, die Anklage wegen „schwerer Körperverletzung“ zurückzuziehen und so das drohende Strafmaß um drei Jahre zu reduzieren. Die Labor Councils von Alameda County und San Francisco – sie repräsentieren über 100 000 in der AFL-CIO (dem Gewerkschaftsdachverband) organisierte Arbeiter – forderten die Niederschlagung aller Anklagepunkte gegen Lauren und Ray sowie gegen drei andere wegen Ordnungswidrigkeiten im Telefonstreik angeklagte Arbeiter. Mehr als zwei Dutzend lokale Gewerkschaften unterstützten die Verteidigungskampagne, außerdem Gewerkschaften aus Kanada und Australien. Lauren und Rays Sache war die aller Arbeiter und Unterdrückten! Mit der Verschwörung gegen Lauren und Ray haben die Bosse und ihre Justiz die Streikposten aufs Korn genommen – und ohne Streikpostenkette gibt es keine Gewerkschaften. So ist der Sieg eine Lektion für die Telefonbosse und Streikbrecher: „Streikpostenkette überquert man nicht!“

Viele Aktivisten der Verteidigungskampagne erkannten den Zusammenhang zwischen den Attacken auf Lauren und Ray und dem rassistischen kapitalistischen System, das den atomaren Holocaust gegen die Sowjetunion vorbereitet. Sie wurden Mitglieder der von der SL/U.S. vor einem Jahr initiierten Labor Black League for Social Defense (Liga der Arbeiter und Schwarzen für soziale Verteidigung). Wie Ray Palmiero *Workers Vanguard* sagte: „Wir haben einen Sieg errungen, daß Lauren und ich nicht ins Gefängnis müssen; den endgültigen Sieg wird es jedoch erst geben, wenn die Arbeiter die Macht in ihre eigenen Hände nehmen – die Staatsmacht erobern. Ich möchte allen Leuten danken, die uns in diesem Fall verteidigt haben, aber wir haben immer noch viel zu tun – wir haben noch eine Welt zu gewinnen!“

Siege wie diese kosten Geld! Überweist eure Spenden an: Postscheckkonto 1 19 88-601 (Verlag Avantgarde GmbH) Kennwort: Lauren und Ray

San Francisco:

„Wir rissen die Flagge der Sklaverei runter!“

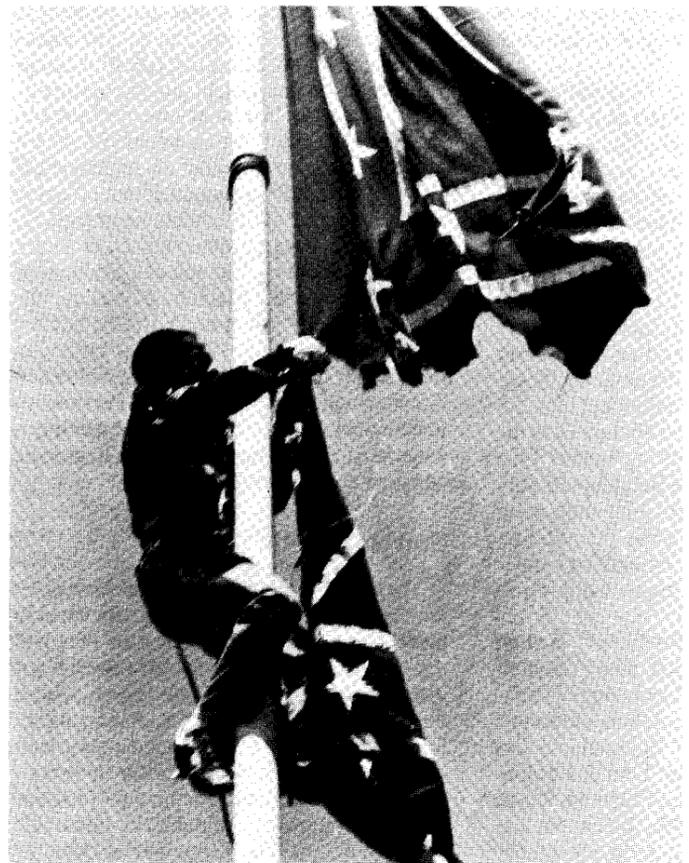


Foto: Workers Vanguard

Gekleidet in der Uniform eines Soldaten der amerikanischen Nordstaaten, erklimmte Richard Bradley am 15. April einen 15 Meter hohen Fahnenmast vor dem Civic Center von San Francisco und riß die Rassenflagge der amerikanischen Südstaaten herunter. Die restlichen Stofffetzen wurden unten von Demonstranten der Spartacist League, der Spartacus Youth League und der Labour Black League for Social Defense unter großem Jubel verbrannt. In der von den Demonstranten verteilten Proklamation heißt es:

„Die Konföderierten-Flagge ist das Banner des rassistischen Terrors... Von den Sklavenjägern, die die befreiten Schwarzen verfolgten, als die Black Reconstruction zerstört wurde, bis zum Lynchen von Schwarzen in den zwanziger Jahren, bis zu den Bombenanschlägen und brutalen Morden an der Bürgerrechtsbewegung in den sechziger Jahren, bis hin zum erneuten furchtbaren Anstieg rassistischer Gewalt im gegenwärtigen Kalten-Kriegs-Klima ist die Konföderierten-Flagge eine Aufforderung zu rassistischem Terror...“

Die ‚Frage‘ der Konföderierten-Flagge wurde durch Blut und Eisen im Bürgerkrieg entschieden. Über 350 000 Soldaten der Nordstaaten-Union starben, um die verhaßte Konföderierten-Flagge herunterzuholen. Über 200 000 schwarze Soldaten traten in den Kampf ein und wandten das Blatt zugunsten der Nordstaaten. Fast 20 Prozent dieser schwarzen Soldaten gaben ihr Leben in dieser verzweiferten Schlacht für ihre Freiheit.“

Richard Bradley, ein früherer Spartacist-Kandidat für den Stadtrat von San Francisco, wurde nach seinem Abstieg vom Fahnenmast zusammen mit Peter Woolston, gewähltes Vorstandsmitglied der Ortsgruppe 6 der Hafnarbeiter-

gewerkschaft ILWU festgenommen, auf die Polizeistation gebracht und des „Vandalismus“ beschuldigt. Als die Bürgermeisterin „Dixie Dianne“ Feinstein von der Demokratischen Partei am nächsten Tag befahl, eine zweite Südstaaten-Flagge zu hissen, holte Bradley erneut dieses Symbol des rassistischen Terrors herunter und wurde von 13 weißen Bullen verhaftet. Unsere Genossen hatten geschworen, die Flagge der Sklaverei „wird nicht wehen“, und diesmal blieb sie unten. In der ganzen Region von San Francisco wurde diese Aktion der Spartacist League in der Bevölkerung begeistert begrüßt, die Presse berichtete ausführlich über die „Schlacht um die Flagge“.

Zwei Wochen später stieg Bradley erneut auf den Mast, um eine genaue Kopie der mit den 33 Sternen der Nordstaaten-Union besetzten Flagge von Fort Sumter zu hissen, Symbol des Kampfes und des Sieges über die Sklaverei.

Die rassistische Bürgermeisterin besaß die Chuzpe, die historische Nordstaaten-Flagge wieder einholen zu lassen. Der gleiche kapitalistische Staat, der am 15. April 1984 die Ku Klux Klan/Nazi-Mörder von fünf Linken und Schwarzen in Greensboro 1979 freisprach, stellt Bradley jetzt wegen „Vandalismus“ vor Gericht! Die Staatsanwaltschaft bot ihm den Kuhhandel an, statt eines Gerichtsverfahrens doch 25 Stunden „Gemeindearbeit“ abzuleisten. Bradley erklärte dazu *Workers Vanguard* (25. Mai): „Das war dumm! Denn ich habe meine gemeinnützige Arbeit eindeutig getan... zweimal die Konföderierten-Flagge herunterzuholen und die Unions-Flagge zu hissen... Ja, allerdings, ich will meinen Tag vor Gericht. Ich denke, ein Geschworenen-Prozeß wird die Sache klären.“ *Führt den amerikanischen Bürgerkrieg zu Ende! Vorwärts zu einem Arbeiterstaat!*

Arbeiterkämpfe in Europa: Frankreich

Für einen Generalstreik gegen Mitterrands Austerität!

Stahlarbeiter nehmen Frankreich auseinander

Ende März kündigte die französische Regierung des „sozialistischen“ Präsidenten François Mitterrand Pläne zur „Neustrukturierung“ der Stahlindustrie an, die etwa 25 000 Entlassungen in den nächsten zwei Jahren vorsehen. In der Kohle- und Stahlregion Lothringen, wo die meisten Entlassungen stattfinden sollen, ertönten zum Protest die Fabriksirenen, die Arbeiter gingen auf die Straße. In Longwy wurde das Finanzamt geplündert, Türen und Fenster des Gerichts eingeworfen; es kam zu Straßenschlachten mit der Bereitschaftspolizei. In Paris wand sich die Kommunistische Partei (KPF) vor Verlegenheit, als viele Mitglieder fragten, wie lange die Partei noch in der Volksfrontregierung bleiben würde – einer Koalition aus Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlichen Technokraten, die im Interesse des Erhalts des französischen Kapitalismus die Industrie des Landes abwrackte.

Seit mehr als einem Jahr gibt es eine kaleidoskopische Abfolge von Protesten gegen Mitterrands brutale Sparpläne. Große Teile des Kleinbürgertums, von Reisebüroinhabern bis zu Fuhrunternehmern, wurden von Ultrarechten aufgewiegelt. Widerstand der Arbeiter, wie der erbitterte Streik eingewandelter Arbeiter im Talbot-Autowerk bei Paris, wurde durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokraten isoliert und unterdrückt. Aber jetzt haben die Stahlarbeiter die Führung übernommen, ihre zornigen Proteste erschütterten ganz Frankreich. Am 31. März zerstörten militante Stahlarbeiter das Büro der Sozialistischen Partei in Metz, in Marseille zertrümmerten wütende Arbeiter Bushaltestellen. Stahlarbeiter fingen an, die Bahnlinie Paris-Luxemburg aufzureißen.

Am 4. April fand in Lothringen ein Generalstreik statt. Zehntausende demonstrierten, der Nahverkehr wurde lahmgelegt, Priester ließen die Glocken in der ganzen Region läuten. Auch in dieser Nacht unternahm Arbeiter Nadelstichaktionen, besonders gegen Symbole der Staatsmacht und der Bourgeoisie. In Longwy griffen militante Arbeiter das Kommissariat (jetzt in eine Polizeikaserne umgewandelt) mit einem Hagel von Schraubenbolzen, Kugellagern, Molotow-Cocktails und Säureflaschen an. Eine Ordnertruppe der CGT (kommunistisch geführter Gewerkschaftsbund) schützte das Rathaus vor einem Angriff, aber ein der staatseigenen Usinor-Stahlgesellschaft gehörendes Schloß wurde niedergebrannt. Die

Wut der Arbeiter hat politische Rückwirkungen: Zwei sozialistische Abgeordnete sind bereits aus ihrer Parlamentsfraktion ausgetreten; ein kommunistischer Bürgermeister trat aus der Partei aus, um gegen die Beteiligung der KPF am Mitterrand-Regime zu protestieren (einige weitere KPF-Bürgermeister in Lothringen verlangten ein Ende der Koalition).

Die Mobilisierung der schweren Bataillone der französischen Arbeiterklasse zur Zerschlagung der Austeritätspolitik Mitterrands erfordert einen politischen Kampf gegen die reformistischen Irreführer. Die Ligue Trotskyste de France (LTF), Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, schickte ein Team nach Lothringen, worauf die Mitterrand nahestehende Pariser Zeitung *Le Matin* vom 4. April den Aufruf unserer Genossen auf einer Arbeiterversammlung für einen nationalen Stahlstreik zitierte und auf deren Parole hinwies: „Für einen neuen Mai '68, der bis zum Ende geht!“

Klassenkämpferische Gewerkschafter im Renault-Werk Cléon (nahe Rouen) haben einen Aufruf an die Autoarbeiter herausgebracht, an dem Marsch der Stahlarbeiter auf Paris am 13. April teilzunehmen und diesen Protest gegen die Austeritätspläne der Regierung in den Anstoß zu einem Generalstreik zu verwandeln. Die LTF verteilte bei dieser ersten Massendemonstration der Arbeiterklasse gegen Mitterrands Volksfront 8000 Extraausgaben des *Le Bolchévik*, hauptsächlich an Mitglieder der CGT und der KPF. Dabei stießen wir in Paris auf die gleiche offene und ernsthafte Reaktion wie in Lothringen. Zahlreiche Stahlarbeiter fragten: „Wie geht es weiter?“ „Wie würde eine Arbeiterregierung handeln? Ich glaube, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis wir eine haben.“ Die Autoarbeiter von Citroën, die jetzt mit Betriebsbesetzungen und Streiks gegen die angekündigte Massenentlassung von 6000 Arbeitern angehen, haben mit ihren Aktionen diesen Kampf aufgenommen – trotz und entgegen der scharfen Kontrolle der CGT-Bürokraten.

Der folgende Artikel wurde auszugsweise übernommen und übersetzt aus dem Extrablatt der LTF (12. April) zum Marsch der Stahlarbeiter auf Paris.

Paris, 12. April – Die Mitterrand-Regierung hat der Arbeiterklasse den offenen Krieg erklärt. Drei Jahre lang hat diese „sozialpartnerschaftliche“ Regierung den französischen Kapitalismus verwaltet und dabei zunehmend brutale Angriffe gegen die Arbeiterklasse entfesselt. Kohlenbergbau, Werften, Stahl und bald auch Fahrzeugbau – ganze Industriebranchen – sind zum Niedergang verdammt, und mit ihnen ganze Regionen wie Lothringen. Um sich über seine eigene Wählermehrheit zu schwingen und unabhängig von ihr zu handeln, trampelt Mitterrand selbst auf den jämmerlichsten Reformen herum, die von der Linksunion versprochen wurden. Er stellt sich als Anwärter für einen neuen bonapartistischen „starken Mann“ à la de Gaulle dar; so drehen sich seine Debatten mit der bürgerlichen Opposition nur darum, wie man am besten die Arbeiterklasse zerschlagen kann. Diese Regierung greift ihre eigene Basis an. Aber zentrale Teile der Arbeiterklasse schlagen zurück.

Lothringen ist ein besonders krasses Beispiel, weil Mitterrand in gewisser Weise seinen Präsidentensessel den Kämpfen der Stahlarbeiter 1979 verdankt, die das Ende des rechten bürgerlichen Giscard-Regimes ein-

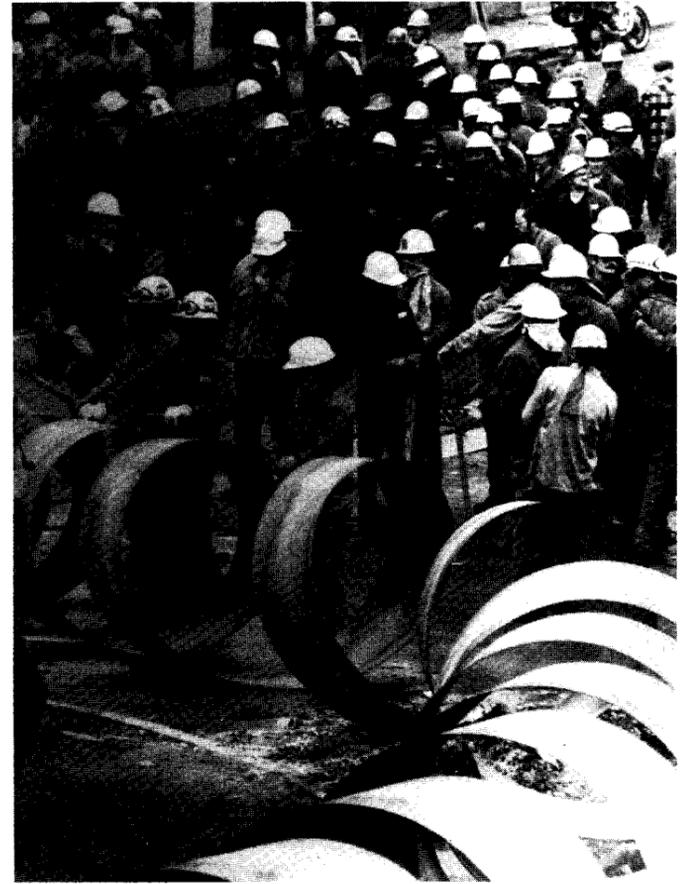
läuteten. Es überrascht nicht, daß Mitterrand in der Region immer verhaßter wird, wie das Auftauchen von Transparenten wie „Mitterrand: vom Kapital gekauft“ und das Niederbrennen des Büros der Sozialistischen Partei in Metz (eindeutig von den Arbeitern durchgeführt) zeigte. Tausende von Arbeitern begrüßten diese Aktionen von „Minderheiten“.

In diesen Tagen hat Mitterrand die Liquidierung der lothringischen Stahlindustrie zu seinem persönlichen Anliegen gemacht. Schon vorher setzte er CRS-Polizeisondereinheiten (paramilitärische Bereitschaftspolizei, die besonders durch ihre Einsätze gegen Arbeiter im Mai 1968 berüchtigt ist) gegen Fabrikbesetzungen ein und gab der Polizeiterrorkampagne gegen unsere eingewanderten Klassenbrüder grünes Licht. Weiter zu Mitterrand zu stehen, bedeutet Selbstmord!

Zu den Präsidentschaftswahlen 1981 sagte die LTF: „Giscard nie; Nein zu Mitterrand!“ Gewählt mit der stillschweigenden Unterstützung der gaullistischen Nationalisten, auf der Basis einer wütend antisowjetischen Kampagne, versprach Mitterrand nie mehr als die Umstrukturierung des französischen Kapitalismus. Seine Politik der „Wiederbelebung“ fiel wie ein Kartenhaus zusammen, übrig blieb nur ein Berg von Auslandsschulden. Also ist es grotesk, zu verlangen, daß Mitterrand „seine Versprechen hält“; den Stahlarbeitern versprach er nie irgend etwas anderes als eine leicht durchschaubare „Strukturveränderung“.

Diese Regierung hat ein Wirtschaftschaos geschaffen und sich den Zorn von jedermann zugezogen: den der Bauern, kleinen Ladenbesitzer, Fuhrunternehmer – und bedeutender Teile der Arbeiterklasse. Angesichts der Mobilisierungen des erbosten Kleinbürgertums ist die Lösung nicht, zu Mitterrand zu halten. Wenn die Arbeiterklasse ihre Macht im Kampf demonstriert, ist es möglich, die Mittelschichten zu spalten und große Teile für die Sache der Arbeiter zu gewinnen. Am 4. April in Longwy stand die gesamte Bevölkerung – bis zum letzten Ladenbesitzer – auf der Seite der Arbeiter. Es ist höchste Zeit, die am stärksten unter Beschuß stehenden Teile des Industrieproletariats – Bergleute, Stahl-, Autoarbeiter – zur einzigen Maßnahme zusammenzuschließen, die diese gewalttätige, arbeiterfeindliche Regierung beugen kann – zu einem Generalstreik gegen Mitterrands Austeritätspolitik.

„Normaler“ gewerkschaftlicher Kampf reicht nicht aus angesichts dieser weitreichenden Angriffe der Regierung. Fabrikweise nacheinander zu kämpfen, wie es uns die Bürokraten raten, ist buchstäblich das Rezept für eine Niederlage. Und das besonders, weil Streiks in vielen Fällen die Bosse kaum bedrohen, die ohnehin die Produktion drosseln wollen. Ein Generalstreik müßte



Französische Stahlarbeiter in Lothringen an der Spitze des Kampfes gegen Mitterrands Austerität

mit der militanten Taktik von Betriebsbesetzungen verbunden werden.

Die Demontage der Stahlindustrie in Frankreich und ganz Westeuropa wurde von der kapitalistischen Europäischen Gemeinschaft verordnet. Die gesamte europäische Bourgeoisie wird Mitterrand gegen den Widerstand der Arbeiter unterstützen. Daher wird es für Hafentarbeiter und Eisenbahner unumgänglich sein, alle Importe von Kohle, Erz, Stahl usw. zu unterbinden. Dies ist der Weg, auf dem die britischen Bergarbeiter versuchen, ihren Streik auszuweiten.

Der 13. April muß der Startschuß werden – nicht für Protestaktionen zum Dampfblasen, sondern für einen Generalstreik, um Mitterrands Austeritätspolitik zu zerschlagen; für einen wirklichen Generalstreik, der Fabriken, Häfen, Flughäfen und den Verkehr in ganz Frankreich lamlegt. Ein solcher Generalstreik, der unmittelbar die Volksfrontregierung bedroht, kann nicht auf die reformistischen Irreführer bauen; er muß die bürokratischen Spaltungen der Gewerkschaftsbewegung überwinden und über die organisierten Arbeiter hinaus die unorganisierten erfassen: Für Streikräte und Aktionskomitees – embryonale Formen der politischen Macht der Arbeiterklasse. Ein solcher Streik wird unumgänglich die Machtfrage stellen, die Notwendigkeit, mit dem Wirtschaftschaos des Kapitalismus ein für allemal aufzuräumen durch die Etablierung einer wirklichen Arbeiterregierung. Und diese Perspektive überwindet nicht nur die Trennungen zwischen Einzelbranchen und Regionen, sondern auch Staatsgrenzen.

Karl Marx hatte recht

Vor fast 150 Jahren erklärte das *Kommunistische Manifest*: „Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“ Ergebnis: zyklische Krisen, die immer wieder die Produktivkräfte zerstören. „Modernisiere oder stirb“, sagen sie uns. In jedem der letzten zehn Jahre sank der Anteil der Investitionen im Produktionsbereich um zwei Prozent. Es ist die Bourgeoisie, und nur sie, die für den

Fortgesetzt auf Seite 10

SPARTACO
 Lega Trotskista d'Italia - Tendenz Spartacista Internazionale
 Basta! Bisogna cambiare strada!
È L'ORA DELLO SCIOPERO GENERALE!
Abboniati
 Leonie Trotsky
PROGRAMMA DI TRANSIZIONE
 DM 6,- für 6 Ausgaben
 Zu bestellen über:
 Postfach 16747, 6000 Frankfurt/Main 1
 Postcheckkonto Ffm 1 1988-601
 (Verlag Avantgarde GmbH)

Zwingt die Eiserne Lady in die Knie!

Sieg den Bergarbeitern! Weitet den Streik aus!



Foto: Spartacist Britain

2. Juni – Während der Streik der britischen Bergarbeiter jetzt bereits über drei Monate dauert, eskaliert die mörderische Regierung Margaret Thatchers massiv ihre staatliche Terrorkampagne. Ein Streikposten ist bereits ermordet worden, Führer der Bergarbeitergewerkschaft NUM sind verhaftet worden ohne die Möglichkeit einer vorläufigen Freilassung auf Kautions, und mehreren Dutzend streikenden Arbeitern, die des „Aufruhrs“ angeklagt wurden, drohen lange Gefängnisstrafen. Nachdem der NUM-Führer Arthur Scargill am 30. Mai beim Streikposten stehen vor der Kokerei in Orgreave, South Yorkshire, festgenommen worden war, kam es zu einer erbitterten Schlacht zwischen 3000 Streikposten und 2000 knüppelschwingenden Schlägern in Uniform, in deren Verlauf 35 Streikposten verhaftet wurden. Daraufhin drohte der Vorsitzende des Polizeiverbandes, daß „Gewalt zu mehr Toten führen wird“. Die Bosse wollen nicht nur die Gewerkschaft zerschlagen, sie wollen sie in Blut ertränken!

Es ist der Verrat der reformistischen Irreführer der Gewerkschaften, der dazu geführt hat, daß die Bergarbeiter allein im Kampf stehen – was Thatcher und ihre Streikbrecher-Polizisten zu nur noch provokativeren Angriffen auf die Bergarbeitergewerkschaft ermutigt. Es ist die dringendste Aufgabe, die anderen Gewerkschaften für gemeinsame Kampfaktionen mit der NUM zu mobilisieren. Unsere Genossen der Spartacist League/Britain intervenieren mit all ihren Kräften für eine Ausweitung des Streiks auf die Eisenbahn-, Stahl- und Kraftwerksarbeiter, damit der Kampf zum Sieg geführt wird. Für diesen Sieg ist es wichtig, daß die Lieferungen von Streikbrecher-Kohle aus anderen Ländern gestoppt werden! So wird im Duisburger Rheinhafen skandalöserweise Spezialkohle aus dem Ruhrgebiet verschifft, in Rotterdam umgeschlagen und nach Großbritannien transportiert. Bergleute, Hafendarbeiter, IG Bergbau, ÖTV: Verhindert die Lieferungen von Streikbrecherkohle!

London, 9. April – Die Bergarbeiter dürfen nicht allein stehen! Das muß heute der Schlachtruf jedes britischen Arbeiters sein. In vier Wochen erbitterten Kampfes haben brutaler Polizeiterror (der sich mit der Ermordung des Yorkshire-Bergarbeiters David Jones zuspitzte) und die heimtückische Sabotage der Streikbrecher innerhalb der eigenen Gewerkschaften den Kampfwillen der Arbeiter nicht brechen können. Ihre fliegenden Streikposten sind zu Stahlbetrieben, Häfen und Kraftwerken ausgeschwärmt, um den Streik auszuweiten. Drei Tage lang lieferten sich 600 Streikende regelrechte Straßenschlachten gegen Bataillone von Poli-

zisten in dem erfolglosen Versuch, die Einfuhr von Kohle in die Stahlfabrik von Port Talbot zu stoppen. Aber allein können es die Bergarbeiter nicht schaffen, und die Arbeiterverräter der Labour Party tun ihr Möglichstes, um der NUM (National Union of Miners) einen Dolchstoß zu versetzen.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Labour-Party-Chefs Kinnock und Healey hinter den Kulissen manövrieren, um eine nationale Urabstimmung in Gang zu bringen. Rechte Gewerkschaftsführer wie Bill Sirs von den Stahlarbeitern und Frank Chapple von den Kraftwerksarbeitern haben der Basis offen befohlen, Streikposten zu durchbrechen. Obwohl Seeleute, Hafendarbeiter, LKW-Fahrer und Eisenbahner offiziell angewiesen wurden, Kohle nicht zu transportieren, setzten die „linken“ Gewerkschaftsführer diese Forderung nicht durch und schauten stattdessen tatenlos zu, während ihre Mitglieder gemäßregelt wurden.

Am 2. April verließen in der Gegend von Wirral 250 Eisenbahner ihre Arbeitsplätze und legten damit den Vorortverkehr von Merseyside lahm, als Antwort auf die Disziplinierung eines Lokführers, der sich geweigert hatte, einen Kohlenzug von einem Nebengleis zu entfernen. Diese eine Solidaritätsaktion zeigte besser den Weg zum Sieg als all das leere Gerede der Führer der Eisenbahnergewerkschaft. Zehntausende, ja Hunderttausende von Gewerkschaftern haben ihren Kampfwillen durch Solidaritätsaktionen bewiesen. Klassenbewußte Kämpfer müssen die bürokratische Sabotage durchkreuzen, indem sie jetzt gemeinsame Streikaktionen mit den Bergarbeitern organisieren. Weitet den Streik aus! Macht die Kraftwerke dicht! Sorgt dafür, daß auch die Eisenbahner und Stahlarbeiter in den Ausstand treten! Zwingt die Eiserne Lady in die Knie!

Die kapitalistische Presse der Fleet Street hetzt gegen (NUM-Präsident) Arthur Scargill als linken Aufrührer, der einen „Krieg gegen die Demokratie“ führt, und der Chef der Kohlenindustrie, Ian MacGregor, brandmarkt die Streikmilitanten in obszöner Weise als Nazis, während seine blauuniformierten Schläger die Kohlenreviere in einen Polizeistaat verwandeln und Hunderte von Arbeitern ins Gefängnis schleifen. Die streikenden Bergarbeiter werden jetzt auf die gleiche Weise behandelt, wie es seit Jahren schon den Katholiken in Nordirland und den Schwarzen und Asiaten in den Gettos der Innenstädte ergeht. Thatcher will den Bergarbeitern einen Schlag versetzen, um der gesamten Gewerkschaftsbewegung das Rückgrat zu brechen. Und dennoch bleibt die schon mehrere Wochen alte gerichtliche Verfügung der Nationalen Kohlenbehörde NCB (Natio-

nal Coal Board), die den Streik für illegal erklärt, ein Stück Papier. Wie es die *Financial Times* (30. März), das maßgebliche Sprachrohr der Tories, so schön ausdrückte, ist die Regierung „der Ansicht, daß der Versuch, die Verfügung durchzusetzen, eine Gewerkschaft vereinen würde, während es doch in ihrem Interesse liegt, sie zu spalten“. Und wer ist dazu auserkoren, dieses Spaltungsmanöver durchzuführen? Selbstverständlich dieselben „neuen Realisten“ des Kalten Krieges, die letzten September auf dem nationalen Kongreß des Gewerkschaftsdachverbandes TUC in Blackpool die antikommunistische Hetzkampagne gegen Arthur Scargill anführten, die am lautesten und offensten ihren Haß gegen die Sowjetunion ausdrückten.

Sid Vincent von der NUM in Lancashire, der zusammen mit Streikbrecher-Organisationen wie Chapple und Sirs als Schirmherr für das von der CIA unterstützte, NATO-orientierte, antikommunistische „Labour Committee for Transatlantic Understanding“ auftrat, stimmt mit in die von den Tories inszenierte Kampagne für eine nationale Urabstimmung ein, während er seine Männer hinter den Streikposten weiterarbeiten läßt. Was wir brauchen, ist nicht eine Urabstimmung, sondern ein aus gewählten Delegierten zusammengesetzter nationaler Streikrat, der Streikpostenkette organisiert und den Streik ausweitet. Die Manöver mit den Produktivitätszulagen, die der regionalen Zersplitterung der NUM Vorschub geleistet haben, müssen zugunsten der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit bei tariflichen Höchstlöhnen fallen gelassen wer-

den. Disziplinierte Selbstverteidigungsorgane der Arbeiter müssen gebildet werden, um gegen die Gewaltakte der Bullen und Streikbrecher vorzugehen.

Verrat an der Spitze

Seit Streikbeginn hat die NUM jegliche Einmischung durch den TUC (Trade Union Congress) zurückgewiesen. Und da der TUC-Vorsitzende Murray die Mehrheit des TUC-Vorstandes hinter sich hat, kann jemand da noch allen Ernstes meinen, daß der „Beistand“ des TUC etwas anderes bezwecken könnte als den Ausverkauf der Bergarbeiter? Aber auch Scargills Auffassung von „Solidarität“, in deren Mittelpunkt die sogenannte Dreierkoalition („Triple Alliance“) steht, hat sich als kaum effektiver als ihre Vorgängerin im Jahre 1919 erwiesen. Von einem Aktivisten zu Recht als „Cripple Alliance“ (Krüppelkoalition) geschmäht, fing dieses bürokratisch notdürftig zusammenge kittete Bündnis fast vom ersten Tag an auseinanderzubröckeln, an dem Bill Sirs und der Vorstand der Stahlarbeitergewerkschaft der NUM in den Rücken fielen. Und die „linken“ Führer der Seeleute, der Transportarbeiter und der Eisenbahner wünschen ebensowenig eine totale Konfrontation mit Thatcher wie Murray und Konsorten. Bergarbeiter in Wales berichten, daß LKW-Fahrer gemäßregelt werden, weil sie Streikpostenkette respektieren. John Bell, der Bezirkssekretär der Nationalen Eisenbahnergewerkschaft NUR in Nottinghamshire, einer Region von zen-

Fortgesetzt auf Seite 10



Spartacist League/Britain bei NUM-Delegiertenkonferenz am 19. April: Trotzisten kämpfen für den sofortigen Streik aller Stahlarbeiter, Eisenbahner und Arbeiter in den Kraftwerken

Foto: Spartacist Britain

Weekend: Sprachrohr für blutige Unterdrückung

Sri Lanka: Tödliche Lügenkampagne gegen Trotzlisten

Die internationale Spartacist Tendenz ist zur Zielscheibe einer gemeinen und tödlichen Verleumdungskampagne durch die Zeitschrift *Weekend* gemacht worden, die von einer der beiden großen bürgerlichen Zeitungen Sri Lankas in englischer Sprache herausgegeben wird. Der Artikel, eine Rechtfertigung für den völkermörderischen Terror gegen die tamilische Minderheit auf der Insel, widerspiegelt zweifellos die Auffassungen der Geheimpolizei, deren mörderische Drohungen gegen unsere Genossen der Spartacist League/Lanka bezwecken, ihre mutige Verteidigung der Rechte der Tamilen zum Schweigen zu bringen. Bei dem Versuch, den *Lanka Spartacist* (in singhalesisch) und den *Elangai Spartacist* (in tamilisch) zu unterdrücken, hatte die Geheimpolizei CID den Herausgeber, Vincent Thomas, am 5. Januar zum Verhör vorgeladen und ihn dort tödlich bedroht. Wie Vincent Thomas in seiner Beschwerde vom 8. Januar schreibt:

„Während dieser Zeit kam der Polizeioffizier, der am anderen Tisch gesessen hatte, zu mir, beschimpfte (mich) unflätig und schlug mir sieben oder acht Mal in mein Gesicht und auf meinen Kopf. Danach packte er mich am Hals, brachte mich zum Fenster und bedrohte mich mit den Worten: ‚Von hier wurde Dodampe Mudali hinuntergestoßen. Spring, du Lump.‘“

Dodampe Mudali, ein Mitglied der Sri Lanka Freedom Party, wurde während der Regierungszeit der United National Party (UNP – Jayewardenes Partei) von 1965 bis 1970 vom vierten Stock des CID-Büros tatsächlich in den Tod gestoßen. Die Geheimpolizei ist berüchtigt für ihre Taktik, auf diese Weise „Selbstmorde“ von Linken und Oppositionellen in Szene zu setzen.

Die internationale Spartacist Tendenz wird als Teil des „internationalen Terroristennetzes“ gebrandmarkt, während *Weekend* die wirklichen Terroristen, nämlich die rechte Regierung von JR Jayewardene und ihre amerikanischen imperialistischen Gönner deckt. Wir drucken auf dieser Seite die Antwort unserer Genossen in Lanka auf die Lügen von *Weekend* ab.

Der Terror gegen die Tamilen in Lanka geht weiter. Um die drakonischen Unterdrückungsmaßnahmen und die Verlegung gewaltiger Truppenverbände in den Norden zu rechtfertigen, wurden Gerüchte in Umlauf gesetzt, daß sich tausende tamilischer Guerilla-Kämpfer, bewaffnet mit AK-47-

Maschinenpistolen, darauf vorbereiteten, aus Indien einzudringen. In den letzten Wochen wütete die Luftwaffe im Norden und mordete dabei etwa 30 Tamilen – Berichten zufolge befanden sich unter den Opfern auch Kinder und schwangere Frauen (*Times*, 31. März). In einer neuen Welle staatlich organisierter Gewalt, die am 10. April begann, töteten singhalesische Truppen mindestens neun weitere Tamilen. Laut UPI haben tamilische Separatisten Mitte April über einzelne Stadtteile Jaffnas die Kontrolle übernommen und Regierungsgebäude niedergebrannt. Jaffna steht wieder unter Kriegsrecht, ein Ausgehverbot ist vom Militär verhängt und die Telefonverbindungen zu der Stadt sind angeblich unterbrochen worden. Der systematische organisierte Staatsterror gegen das tamilische Volk stellt dringender als je zuvor die Frage der Selbstbestimmung für die Tamilen, da JRs kommunistische Massaker und die Flucht verängstigter Tamilen die Völker der Insel gewaltsam voneinander trennen. Stoppt den Mord an den Tamilen in Lanka! Für das Recht auf tamilische Selbstbestimmung im Norden und Osten!

Am 2. April lähmte ein Streik von 600 000 tamilischen Plantagenarbeitern, die den gleichen Lohn wie den der anderen Regierungsarbeiter forderten, die staatlichen Tee- und Gummifelder, die Lankas Haupterntequelle im Außenhandel darstellen (*Guardian*, 4. April). Mit diesem gewaltigen Streik stellte sich dieser Schlüsselsektor des Proletariats dem reaktionären Regime JRs entgegen und demonstrierte die Macht, die die Herrschaft des Kapitalismus und des singhalesischen Chauvinismus – sowohl à la JR als auch à la Mrs. B (Bandaranaike) – stürzen und den unterdrückten Tamilen Lankas wie auch den singhalesischen Arbeitern die Befreiung bringen könnte.

Weekend behauptet, daß die internationalen Proteste, die wir organisierten, um die Massaker an Tamilen öffentlich zu verurteilen und zu denunzieren, ein Schwindel gewesen seien, bei dem wir bezahlte Statisten eingesetzt hätten. Sie glauben, daß es niemanden außerhalb der Insel wirklich kümmert, ob tausende Tamilen abgeschlachtet werden, daß wir schweigen würden, wenn uns nicht jemand bezahlte. Damit offenbaren sie lediglich ihre eigenen korrupten und sklavischen Wertvorstellungen. Wir stellen fest, daß die Reagan-Regierung im letzten Juni – also kurz bevor die Massaker an den Tamilen im vergangenen Sommer in der Umgebung von Trincomalee begannen – JR 71 Millionen Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe gab und Kampfhubschrauber für Lankas Armee schickte, die gegen die Tamilen eingesetzt werden sollen. Wir nehmen weiterhin die eigenartige Fälschschreibung unseres Namens in dem *Weekend*-Artikel als „Spartacist“ zur Kenntnis, eine Fälschschreibung, die oft in Dokumenten amerikanischer Geheimdienste sowie in lancierten Geschichten in der Presse auftaucht, die unsere marxistische Tendenz fälschlicherweise als „terroristisch“ darstellen.

Wir fragen uns, ob das so ganz außerhalb jeden Zusammenhangs zu den Besuchen von US-Verteidigungsminister Weinberger und dem ehemaligen CIA-Vizedirektor Vernon Walters in Sri Lanka Ende 1983 steht, die sich mit JR trafen, um die Möglichkeit zu besprechen, daß US-Kriegsschiffe den Hafen von Trincomalee benutzen, der von zentraler Bedeutung für die militärische Kontrolle des Indischen Ozeans und ein Schlüssel für den fanatischen Kurs der Reagan-Regierung auf einen atomaren Krieg mit der Sowjetunion ist (*CounterSpy*, März-Mai). Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (17. Mai) schreibt dazu: „Die Kampagne (der Tamilen) gegen die

THE SHADOW OF TERROR STALKS BENEATH ROUNDTABLE OF PEACE

BY DON MITHUNA

HELPING HAND

Besides sundry sympathisers and "contacts" in the International Terrorists Network there are other foreign organisations which render a helping hand to the propagandists. Most of it is however done for a fee. For instance the Spartacist League of USA is believed to be a very active outfit in this regard.

The Spartacist League which has branches in many parts of the world has claimed that it has organised anti-Lankan demos in various parts of USA, Britain, West Germany, France, Canada, Australia and India.

Their anti-Lankan publicity campaigns are several years old and did hardly coincide with the July '83 incidents. In fact when the Lankan Prime Minister visited USA it was the Spartacists who organised the demos in New York and Washington. Most of the demonstrators are 'hired' for a fee. And the volunteers are dime a dozen corralled in from ghettos of Bronx or among the layabouts on 42nd Street in New York.

But Spartacists are not a bunch of quacks. They have links with international terrorists. Admittedly their main objective is supporting the northern terrorists to ensure a struggle for a Socialist federation of South East Asia which can liberate all 'oppressed' people in the region. According to a document issued by the Sri Lanka Union of USA, the Spartacists are resurrecting the domino theory.



AND THE TIGER DEVELOPS A HEADACHE IN TAMILNADU

Als Sprachrohr für das reaktionäre JR-Regime versucht *Weekend* (4. März 1984) den staatlichen Terror gegen Tamilen und Linke anzuhetzen und zu rechtfertigen. Auszugsweise übersetzt heißt es in der links im Faksimile abgedruckten Verleumdung „Eine helfende Hand“:

„Neben etlichen Sympathisanten und ‚Kontakten‘ im internationalen Terroristen-Netzwerk gibt es andere ausländische Organisationen, die den Propagandisten eine helfende Hand reichen... Die Spartacist League, die Gruppen in vielen Teilen der Welt hat, behauptet, daß sie in verschiedenen Teilen der USA, Britanniens, Westdeutschlands, Frankreichs, Kanadas, Australiens und Indiens gegen Lanka gerichtete Demonstrationen organisiert hat.

... Es waren die Spartacists, die Demos in New York und Washington organisierten, als der Premierminister Lankas die USA besuchte. Die meisten Demonstrationen werden gegen Bezahlung ‚angeheuert‘. Und die Freiwilligen werden für zehn Cent das Dutzend aus den Ghettos der Bronx oder aus dem Gebiet um die 42. Straße in New York herangekarrt.

Aber die Spartacists sind nicht ein Haufen von Sprücheklopfern. Sie haben Verbindungen zu internationalen Terroristen. Wie sie selbst zugeben, ist ihr wichtigstes Ziel, die Terroristen im Norden zu unterstützen, um ‚einen Kampf für eine Sozialistische Föderation Südasiens‘ zu gewährleisten, der alle ‚unterdrückten‘ Menschen der Region befreien kann...“

angebliche Allianz Colombos mit Washington, die von den ceylonesischen Kommunisten und Trotzlisten unterstützt wird, richtete sich vor allem gegen den Ausbau des amerikanischen Stützpunktes auf der Insel Diego Garcia. Die Tamilen taten die Befürchtung kund, nach Diego Garcia werde Sri Lanka zu einer Basis der amerikanischen Streitkräfte.“

Wir haben die *Weekend*-Verleumdungen zuvor schon einmal gesehen: In einem Pamphlet, das im letzten September vom Innenministerium Lankas veröffentlicht wurde, werden wir wegen Protesten angegriffen, die „gleichzeitig den Separatismus in Sri Lanka unterstützen und den ‚amerikanischen Kapitalismus‘ verurteilen“. Verleumderische Propaganda mit dem Vorwurf der Gewalttätigkeit hat die Funktion, wirkliche, mörderische Gewalt zu rechtfertigen, gegen Tamilen, gegen Streikende, gegen Marxisten. Da JRs bonapartistisches Regime sich der letzten Überbleibsel parlamentarischer Demokratie entledigt, kommt das Etikett „terroristisch“ einem Todesurteil gleich.

JR und seine Public-Relations-Agenten täten gerne so, als hätte der Trotzismus

nicht seit über 50 Jahren als fest verwurzelte politische Strömung auf der Insel existiert. Doch hat unsere internationale Bewegung eine lange und stolze Geschichte des Eintretens für den revolutionären Kampf in Ceylon. Seit 1971 hatte die internationale Spartacist Tendenz brüderliche Beziehungen mit der Tendenz von Edmund Samarakkody, Meryl Fernando und Tulsiri Andradi, die, wenn sie auch ernste Schwächen gezeigt hatten, doch das Beste aus der alten trotzkistischen Tradition verkörpert hatten. Als Internationalisten haben wir seit vielen Jahren die Rechte der ceylonesischen Gewerkschafter, der aufständischen singhalesischen Jugendlichen, der tamilischen Nationalisten und der marxistischen Militanten verfochten. Die bösartigen Verleumdungen von *Weekend*, die bezwecken sollen, mörderische staatliche Unterdrückung gegen unsere Tendenz auf internationaler Ebene zu rechtfertigen, werden nicht unwidersprochen durchgehen. Nieder mit *Weekends* tödlicher Verleumdung! Hände weg von der Spartacist League/Lanka! Stoppt den anti-tamilischen Terror! Vorwärts zu einer sozialistischen Föderation von Eelam und Lanka!

Lankas Trotzlisten bringen Terrorismus-Verleumdung zum Platzen

Spartacist League/Lanka
15. März 1984

An den Herausgeber
Weekend
Independent Newspapers Ltd.
Gunasena Mawatha, Colombo

Sehr geehrter Herausgeber, wir beziehen uns auf den Artikel „Hinter den Friedensgesprächen lauert der Schatten des Terrors“ von Don Mithuna, der in Ihrer Zeitung am Sonntag, dem 4. März 1984, ver-

öffentlicht wurde. Wir sind der Ansicht, daß der Hinweis auf die Spartacist League/USA unter der Zwischenüberschrift „Helping Hand“ (Helfende Hand) in der böswilligen Absicht gemacht wurde, diese Organisation anzugreifen. Der Inhalt des Artikels ist entstellend und voll von falschen Details.

Mit dem Hinweis auf die Spartacists in diesem Abschnitt versucht der Schreiber vor allem, im Kopf des Lesers den Eindruck zu erwecken, daß diese Organisation Verbindungen mit „Terroristen“ hat und daß viele

Illangai Spartacist (auf tamilisch) **Lanka Spartacist** (auf singhalesisch)



2,50 DM

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main
Postcheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

derer, die sich den Spartacists bei ihren vielfältigen Unternehmungen anschließen, dies gegen Bezahlung tun oder weil sie dafür angestellt werden.

Wir bestreiten die leichtfertige Aussage des Schreibers, daß die internationale Spartacist Tendenz eine Organisation mit „terroristischen“ Verbindungen ist. Auf welcher Grundlage behauptet er dies? Aus welchen Quellen hat er seine Informationen gesammelt? Wir glauben, daß es in einer entwickelten Gesellschaft keinem Journalisten erlaubt wäre, seinen Lesern falsche Informationen zu liefern, die im Kopf des Journalisten geschaffen worden sind. Es sollte auch die Pflicht einer verantwortungsvollen Zeitung sein, ihre Leser nicht durch die Veröffentlichung falscher Informationen in die Irre zu führen. Wir fordern Sie deshalb auf, diesen Brief zu veröffentlichen und die Rechte des Lesers zu schützen.

Es hat schon andere gegeben, die die Dreistigkeit besessen haben, die internationale Spartacist Tendenz anzuklagen, sie sei eine terroristische Organisation. Es war die Geheimpolizei des Anführers der imperialistischen Kriegsmaschinerie, das mächtige Federal Bureau of Investigation und das Justizministerium des kalifornischen Bundesstaats, die 1981 erklärt haben, was der Schreiber im *Weekend* herausposaunt. Nachdem jedoch bewiesen wurde, daß Arbeiterparteien, die zutiefst an den Sozialismus glauben, oder, was das angeht, auch kommunistische Parteien, keine terroristischen Parteien sind, wurden auch sie gezwungen, die Anschuldigungen zurückzuziehen. Wir senden Ihnen eine Fotokopie des Briefs des Generalstaatsanwalts an alle Polizeistationen in Kalifornien, in dem festgehalten wird, daß in dieser Beziehung ein „Fehler“ unterlaufen sei. Bei einem anderen Fall wurde ein Mitglied der Spartacist League/U.S. von Secret-Service-Agenten aus dem Saal gezerrt, als Präsident Carter eine Gewerkschaftskonferenz besuchte. Nach einer Klage und einer Kampagne gegen diese Aktion hat sich der Secret Service entschuldigt und 3500 Dollar Entschädigung gezahlt. Das Mitglied hat die gesamte Summe einem Gewerkschaftsfonds gespendet. Die Fotokopie eines Dokuments bezüglich dieses Zwischenfalls ist ebenfalls beigefügt. Alles im mächtigen Amerika. Es sieht so aus, als ob die Freunde der Imperialisten auf Lanka sich zusammengeschlossen hätten, um die wahrhaft revolutionären Massenorganisationen, die den Schrei des Proletariats verstärken, zu unterdrücken und zu zerstören. Solche Anschuldigungen werden bisher nur von solchen Leuten wie Don Mithuna erhoben, die sich davor fürchten, den Unterschied zwischen Kommunismus und Terrorismus zu sehen. Hier ist es am besten, Leo Trotzki aus *Terrorismus und Kommunismus* (1920) zu zitieren:

„Was uns interessiert ist keineswegs die Verteidigung des ‚Terrorismus‘ an sich. Die Methoden des Zwangs und der Terrorisierung des Gegners bis zur physischen Vernichtung nutzten bislang und nutzen weiter ungleich mehr der Sache der Reaktion, vertreten durch die verbrauchten ausbeutenden Klassen, als der Sache des historischen Fortschritts, repräsentiert durch das Proletariat. Die Geschworenbank der Moralisten, die ‚Terrorismus‘ jeder Art verurteilen, haben ihren Blick in Wirklichkeit auf die revolutionären Taten der Unterdrückten gerichtet, die sich zu befreien suchen... Heute hält der fromme Feind des Terrorismus mittels organisierter Gewalt ein ‚friedliches‘ System von Arbeitslosigkeit, kolonialer Unterdrückung, Militarismus und der Vorbereitung von frischen Kriegen aufrecht.“

Die gegenwärtige Arbeit ist deshalb weit von irgendeinem Gedanken entfernt, Terrorismus im allgemeinen zu verteidigen. Sie tritt ein für die historische Berechtigung der proletarischen Revolution. Die Kernidee des Buches ist folgende: Die Geschichte hat bisher keinen anderen Weg ausgedacht, die Menschheit vorwärts zu bringen, als immer die revolutionäre Gewalt der fortschrittlichen Klasse gegen die konservative Gewalt der verbrauchten Klassen zu stellen.“ (Vorwort der englischen Ausgabe von 1935)

Die internationale Spartacist Tendenz ist nicht namenlos, gesichtslos oder ohne Verteidigung. Sie hat eine stolze Tradition in der

Arbeiterbewegung. Sie ist eine Propagandaorganisation, die sich der Organisierung der internationalen Arbeiterklasse zur Macht verpflichtet hat. Terrorismus entsteht nicht aus einer Bewegung der Arbeiterklasse. Warum sagen die Spartacists andererseits: Hoch die Rote Armee in Afghanistan! und fordern den Sieg der linken Aufständischen in El Salvador, für die Kämpfer in Nicaragua und Kuba? Weil dies grundlegend ist für die Ausweitung der Arbeitersiege der Oktoberrevolution. Die internationale Spartacist Tendenz ist eine Organisation mit Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften – die sie in den verschiedensten Sprachen in den unterschiedlichsten Teilen der Welt veröffentlicht und offen verkauft.

In diesem Brief haben wir nicht vor, über Don Mithunas Artikel zu schreiben. Wir müssen jedoch über die verleumderische Bemerkung schreiben, die er über die Teilnehmer bei Spartacist-Demonstrationen macht. Ihm zufolge haben die Spartacists nur Anti-Lanka-Kundgebungen wegen der Tamilenfrage organisiert. Mehr noch, er behauptet, daß die Demonstranten angeheuert worden sind und Freiwillige in den Gettos gefunden wurden. Damit entlarvt Don Mithuna seine rassistische Politik!

Die internationale Spartacist Tendenz hat nicht nur wegen des tamilischen Volkes in Lanka demonstriert, sondern auch wegen der Arbeiterklasse in Lanka und den anderen unterdrückten Massen. Als die UNP-Regierung im Juli 1980 Streikende unterdrückte, organisierte die internationale Spartacist Tendenz internationale Protestkundgebungen. Wir möchten hier darauf hinweisen, daß am 16. September 1980 Berichte über diese Demonstrationen mit Fotos auf den Titelseiten *Ihrer* Tageszeitungen *Davasa* und *Sun* veröffentlicht wurden. Wenn sich, wie Don Mithuna behauptet, Tausende diesen Demonstrationen gegen Bezahlung anschließen, wieviel hätte dann wohl diese Organisation der Menge von 5000 Demonstranten zahlen müssen, die an der Arbeiter-/Schwarzen-Mobilisierung 1982 teilgenommen hat? Diese Demonstration hat verhindert, daß der Ku Klux Klan in Washington marschiert. In einer Periode, wo kapitalistische Staaten Tag für Tag die Rechte der Arbeiterklasse einschränken, sich zu organisieren, zu demonstrieren, und ihr das Recht auf freie Meinungsäußerung entziehen, ist es eine Tatsache, daß sich Hunderte und Tausende von Menschen hinter einer furchtlosen proletarischen Organisation wie der internationalen Spartacist Tendenz formieren, die vorwärts schreitet und Demonstrationen der Arbeiterbewegung organisiert. Sehen Sie sich zum Beispiel die beigefügten Namen der unterschiedlichsten politischen, sozialen und Arbeiterorganisationen an, die die Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung vom 27. November unterstützt haben. In Amerika nehmen viele Schwarze an diesen Demonstrationen teil, weil auch sie von Unterdrückung betroffen sind wie das tamilische Volk in Lanka. „Gekauft“ ist eine uralte kapitalistische Anklage. Lange vor Don Mithuna haben kapitalistische Agenten

Hände weg von der Spartacist League/Lanka! Zerschlagt den Terror gegen die Tamilen!



Foto: Workers Vanguard



Im Uhrzeigersinn von links unten: Colombo, Juli 1983: Tausende von Toten und Obdachlosen wurden Opfer der von JRs Regime organisierten rassistischen Pogrome gegen Tamilen. New York, 16. April 1984: Über 50 Tamilen und Spartacist-Unterstützer demonstrieren vor Sri Lankas UN-Botschaft gegen den andauernden Terror. Westberlin, 7. August 1983: Über 150 Demonstranten, darunter viele tamilische Aktivisten, protestieren gegen die Massaker gegen Tamilen

dies benutzt, um Organisationen der Arbeiterklasse anzugreifen. Warum schließen sich Schwarze aus New York oder irgendeiner anderen Stadt in Amerika mehr und mehr hinter den Spartacists zusammen? Weil sie allmählich begonnen haben zu verstehen, daß die amerikanische Revolution eine schwarze Führung braucht! Wahre Arbeiterorganisationen können nicht mit Geld um sich werfen, weil sie nicht an der Leitung der Wirtschaft teilhaben. Für Menschen in diesem Land ist es jedoch überhaupt nicht nötig zu erklären, welche Organisationen Menschen für einen Zehn-Rupien-Schein anheuern, oder für ein Lunchpaket, eine Flasche Arrack, ein Buriyani oder kostenlose Musikshows. Die Menschen in diesem Land wissen sehr gut, welche Klasse die Bauern angegriffen hat, die Arbeiter, die Studenten, indem sie Geld und Gangster eingesetzt haben, die ihre Streikpostenkettens zerstört, ihre Streiks zerschlagen und sogar diejenigen ermordet haben, die sich versammelt hatten, um ihre Rechte auszuüben.

Wie angenehm wäre es, wenn man dem blutenden Libanon, verwundet von religiösen, sektiererischen, rassistischen, kommunalistischen Konflikten, den Frieden bringen könnte, oder dem bis an die Zähne mit Pershings und Cruise Missiles der amerikanischen Imperialisten bewaffneten und trotzdem vor Kriegsangst zitternden Europa den Frieden bringen könnte, indem man diese Länder dadurch stabilisiert, daß man dem Terrorismus ein Ende setzt. Wie schön wäre es, wenn man all das bei Don Mithunas Allparteiengesprächen erreichen könnte. Aber die Arbeiterklasse weiß, daß es auf diese Weise nicht geschehen wird. Sie weiß, daß die Befreiung der unterdrückten Massen in den

verschiedensten Teilen der Welt auf den wahren sozialistischen Staaten ruht, die in diesen verschiedenen Ländern geschaffen werden. Nur dadurch wird die Unterdrückung der Tamilen durch die singhalesischen Kommunisten gestoppt werden, und nur so kann dem singhalesischen Volk die Furcht vor den mehr als 40 Millionen Tamilen in Indien und der Haß auf die Tamilen im Norden wegen ihres Versuchs, das Land zu teilen, genommen werden. Wie kann man die Länder in dieser Region daran hindern, sich den Imperialisten dabei anzuschließen, den ersten Arbeiterstaat auf dieser Erde zu zerschlagen – die UdSSR? Nur dadurch, daß man die sozialistische Revolution in Lanka, Indien und in ganz Südasien ermöglicht. Dazu hat sich die internationale Spartacist Tendenz mit allen ihren Sektionen verpflichtet; und dies ist auch kein Geheimnis für Don Mithuna. Er verbirgt dies ganz bewußt vor den Massen. Die internationale Spartacist Tendenz ist eine Organisation mit der Perspektive einer Sozialistischen Weltföderation.

Zum Schluß muß noch eines gesagt werden. Don Mithuna hat auftragsgemäß dem Zweck gedient, als Agent der ganzen Klasse der Kapitalisten in gemeiner Art und Weise Bewegungen der Arbeiterklasse anzugreifen, zu verleumden und zu zerstören.

Patrick Fernando
Spartacist League/Lanka

Kopien an:
Alle linken Organisationen
Menschenrechtsorganisationen
Alle Zeitungsherausgeber in Sri Lanka und im Ausland

INTERNATIONAL TELEGRAM

CALCUTTA 77/72 6 1320 PAGE 1/50

PREI SHANNON SPARTACIST LEAGUE/ANZ TF(02)2648195 GPO BOX 3473 SYDNEYSW2001

OUR ALL INDIA WORKING COMMITTEE STRONGLY SUPPORT YOUR CLARION CALL FOR BOYCOTT ALL CARGO TO SRI LANKA FROM AUSTRALIA AND NEWZEALAND PORTS

WE APPRECIATE YOUR WRITE-UPS AND PUBLICATIONS STOP FOR INTERNATIONAL WORKING CLASS SOLIDARITY AND FOR ADVANCING PROLETARIAN INTERNATIONALISM

ACTION OUR MEMBERS ONBOARD VISHVA KAUMUDI SHALL BE IN ACTION WITH YOU SHOULDER TO SHOULDER STOP WITH WARM GREETINGS STOP

ABANERJEE FSUI(CITU) GENERAL SECRETARY

INTERNATIONAL TELEGRAM

TELEGRAMM

Unterstützungstelegramm der indischen Seeleutegewerkschaft FSUI als Antwort auf den Aufruf der Spartacist League of Australia and New Zealand, den Transport aller für Sri Lanka bestimmten Güter zu verhindern, um gegen die Massaker an den Tamilen im letzten Juli zu protestieren:

„unser allindischer arbeitsausschuss unterstuetzt nachdruecklich euren aktionsaufruf, alle ladungen von australischen und neuseelaendischen haefen zu boykottieren + + + wissen eure darstellungen und publikationen zu schaezten stop fuer internationale solidaritaet der arbeiterklasse und fuer vorwaertstreibende proletarische internationalistische aktion + + + unsere mitglieder an bord der vishva kaumudi werden schulter an schulter mit euch in aktion treten stop mit herzlichen gruessen stop abanerjee fsui (citu) generalsekretaer + + +“

Besetzt die Betriebe!

Fortsetzung von Seite 1

schickt, wenn doch ihre handzahmen Tarifgegner die kapitalistische Wirtschaftsordnung für unantastbar erklären, von der Unbesiegbbarkeit der Bosse reden, um die Arbeiter von vornherein auf die nächste Niederlage einzustimmen.

Streikpostenkettens überquert man nicht!

„Habt ihr noch keine MP's für die Ratten da draußen?“ grölte ein Streikbrecher der Vertriebsfirma SÜWO und raste mit seinem Wagen in die Streikenden der Offenbach-Post, wobei zehn verletzt wurden. In Köln, Koblenz, Stuttgart, Rüsselsheim haben Kille-Streikbrecher weitere Schwerverletzte auf dem Gewissen. Ihre Komplizen tragen grüne Uniform – die Polizei. In Köln werden sie dafür vor der SPD bezahlt. Hier sind nicht nur Massenstreikpostenkettens notwendig: Militante, bewaffnete Streikposten können Streikbrecher, Polizeiangriffe und Nazi/Graue-Wölfe-Provokationen zurückschlagen und die Opfer auf der anderen Seite zählen lassen. Für gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen! Polizei raus aus dem DGB! Mayrs „Handbuch für Streikposten“ sagt den Arbeitern, daß die „Demokratie“ am besten gesichert ist, wenn Streikposten „gutmütige Überzeugungsarbeit“ leisten, während die Kapitalisten bis an die Zähne bewaffnet sind. Solche Arbeiterführer – die jederzeit auf das Grundgesetz pochen – verteidigen noch nicht einmal das ABC jedes Arbeiters: *Streikpostenkettens überquert man nicht!*

Als die Daimler-Arbeiter wegen des Aussperrensbeschlusses spontan in den Streik traten, waren die Herren Bürokraten im Frankfurter IGM-Hochhaus bestürzt und nach dem Motto: „Die hatten ja weder Bahnsteigkarte noch polizeiliche Erlaubnis, bevor sie den Bahnhof stürmten“, verwarnen sie ihre Basis und verwiesen betreffs Kampfkationen auf die „ausschließliche“ Beschlußbefugnis des Vorstands. Doch jeder vernünftige Arbeiter, der den Ausverkauf von Loderer und Janßen beim Stahlstreik 1978/79 für die 35-Stunden-Woche erlebt hat, kann sich ausrechnen, was von „Kampfkationen“ der Mayr/Steinkühlers heute zu erwarten ist. Damals begrenzten die Bürokraten den Streik von vornherein auf den „Einstieg in die 35-Stunden-Woche“. Und nach sechs Wochen verrieten sie den Kampf für drei Freischichten und ein paar Tage Urlaub – ein Hohn, für den Janßen von 400 aufgebrachten Kollegen im Ruhrgebiet fast Prügel bezogen hätte.

Heute reden sie wieder vom „Einstieg“, „die Null muß weg“ (Steinkühler) und meinen die 37-Stunden-Woche 1987. Dabei waren die Urabstimmungen mit Ergebnissen von 80 bis 90 Prozent für Streik ein Signal der Kampfbereitschaft – nicht eine Ermächtigung zum Ausverkauf. Und dies trotz der Forderung „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“, ein Schwindel, mit dem Arbeitszeitverkürzung bei verschärfter Arbeitshetze und noch höheren *Reallohn-senkungen* erstreikt werden soll. Wie Mayr unmißverständlich erklärte: „Die Arbeitszeitverkürzung gibt es sicher nicht zum Null-

tarif“ und „Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich heißt allerdings nicht gleiche Lohnerhöhung bei gekürzter Arbeitszeit“. Um Lohnerhöhungen wie bisher, die bekanntlich Lohnsenkungen waren, da sie unter der Preissteigerungsrate lagen, kann es ihnen also jetzt nicht gehen. Die Wochenarbeitszeitverkürzung soll mit einem noch höheren Lohnverzicht erkämpft werden, verschärfte Arbeitshetze wird von vornherein akzeptiert und das heißt dann „kostenneutrale Lösung“, nämlich Sanierung der kapitalistischen Krisenwirtschaft aus dem Portemonnaie der Arbeiter.

Was würde denn nun die Durchsetzung der „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“ bedeuten: Die optimistischste

schreiten; sie sind gezwungen in den Kampf zu treten, um ihre Machtbasis, vor allem die deutschen – zumeist männlichen – Facharbeiter zu verteidigen.

Für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung!

Die gegenwärtigen Gewerkschaftsführer sind der kapitalistischen Republik genauso verpflichtet wie der antisowjetischen NATO-Kriegsallianz. Die vielbeschworene „Neutralität“ der Gewerkschaften gehört ebenso der Vergangenheit an, wie die „freie bürgerliche Demokratie“. Sie können entweder als Hilfsinstrumente des Kapitalismus dienen, um die Arbeiter dem Staat unterzuordnen, sie zu dis-



TLD-Block am 1. Mai in Hamburg

Propagandaberechnung besagt, daß 700 000 zukünftige Entlassungen verhindert werden könnten und 700 000 neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Im günstigsten Fall also sollen über zwei Millionen arbeitslos bleiben! Natürlich bestätigt auch Janßen: „Mit der 35-Stunden-Woche allein sind die zweieinhalb Millionen Arbeitslosen nicht von der Straße zu bekommen.“ Begeben wir uns mal in dieses Traumland, dann können wir uns auch schon vorstellen, wer in erster Linie diese zwei Millionen sein sollen: Frauen, Jugendliche und vor allem ausländische Arbeiter, die in Terror und Elend ihrer Heimatländer abgeschoben werden. Das jedenfalls ist die tägliche Praxis, bei „Mitbestimmung“ von Gewerkschaft oder Minister-„Genossen“.

Nun kann man sich fragen, warum sind die Bosse eigentlich gegen das Konzept der Bürokraten, wo doch massive Lohnkürzungen als Solidaritätsbeitrag für die Arbeitslosen feilgeboten werden? Weil den Kapitalisten die Bereitschaft der Gewerkschaften, das Elend mitzuverwalten, nicht reicht. Nach Reagans Vorbild, der 15 000 Fluglotsen und damit deren gesamte Gewerkschaft, PATCO, gefeuert hat, wollen sie das kostspielige, umständliche Hindernis aus dem Weg räumen und ohne gewerkschaftliche Einschränkungen die „freie Verfügbarkeit“ über die Arbeiter. Daher das Engagement der Arbeiterfunktionäre. Sie sind nicht nur unter massiven Druck ihrer Basis geraten, endlich gegen die Massenarbeitslosigkeit einzu-

ziplizieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden. Deshalb brauchen wir eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, die keine Verantwortung für das bankrotte Profitsystem übernimmt, die von der Tatsache ausgehend, daß der kapitalistische Staat ein eingeschworener Feind der Arbeiter ist, Entscheidungen trifft und mit einem revolutionären Programm zum Sieg führen kann. Den Lohnraubpolitikern Steinkühler, Mayr und Breit muß die Kontrolle über den Kampf entrissen werden; an die Stelle der bürokratisch eingesetzten Streikleitungen müssen gewählte Streikkomitees treten. Schon durch ihre Zusammensetzung müssen sie sich unterscheiden: Frauen, Jugendliche und ausländische Arbeiter müssen in ihnen vertreten sein, Versammlungen müssen mit allen notwendigen Übersetzungen durchgeführt werden. Durch die Mobilisierung und Unterstützung der Arbeiterinnen, Hausfrauen, Arbeitslosen und Jugendlichen werden die Streikkomitees immer breitere Schichten um sich scharen und können der Keim für *Arbeiterräte* werden, die den Kampf über lokale, regionale Grenzen hinaus zusammenfassen.

Wenn die Arbeiter die Betriebe besetzt halten und die Verfügungs/Entscheidungs-gewalt in ihren Händen liegt und die Kapitalisten den Strick um den Hals schon deutlich spüren, dann sind die Voraussetzungen gegeben, über „Möglichkeit“ oder „Unmöglichkeit“ sämtlicher Forderungen der Arbeiterklasse zu entscheiden. Bis heute, wo selbst minimale, existenzielle Forderungen mehr als „normalen“ Gewerkschaftskampf erfordern, behält Rosa Luxemburg gegen die Neobornsteinianer von SPD/DKP recht: „Selbst wirkliche Reformen sind nur Abfallprodukte des revolutionären Kampfes.“ Das genau haben wir 1969 in Italien gesehen, wo die Betriebe besetzt waren, wo die Arbeiter um die Macht gekämpft haben. Mit der Durchsetzung der Scala mobile, dem automatischen Lohnausgleich der Inflation, haben die KPI/SPI-Bürokraten damals den Kampf abgewürgt und den italienischen Kapitalismus gerettet.

Seit die Arbeiter der staatseigenen Werft Howaldtwerke-Deutsche Werft AG (HDW) im September neun Tage Herren ihrer Werft waren und in vielen Stahlbetrieben und Werften Pläne für weitere Besetzungen diskutiert wurden, geistert das Gespenst der Betriebsbesetzungen durch die Gewerkschaftstage und -kongresse. Während Ex-IGM-Boß Loderers letzter Kampf gegen den „Anarchismus“ von Betriebsbesetzungen gerichtet war, sehen die mehr mit der Basis ver-

bundenen sozialdemokratischen Verräter wie Richard Heller, Betriebsratsvorsitzender bei Opel Rüsselsheim, die Drohung der Betriebsbesetzung „wie bei Citroën“ als zusätzliches Druckmittel, um ihren „Einstieg“ plus Lohnraub durchzusetzen. Dieses Manöver ist zu durchsichtig, hält man sich vor Augen, daß Heller vor einem Monat ein Rationalisierungsschutzabkommen mit den Bossen abschloß, das 3000 Arbeitsplätze *vernichtet!* Bei Citroën bedeutet das Ende der Betriebsbesetzung den Abschluß einer zweistündigen Wochenarbeitszeitverkürzung, die *Fortsetzung* der Massenentlassung zehntausender Autoarbeiter.

Die IGM-Bürokratie besaß bei der HDW-Besetzung die Frechheit, Streikgelder und die Ausweitung des Kampfes nicht nur mit der Begründung der Ungesetzlichkeit zu verweigern, sondern die Werftarbeiter auf den „Kampf um die 35-Stunden-Woche“ zu verströmen. War die Besetzung für Mayr & Co. ein „illegaler Akt“, so verfuhr die „linke“ Streikleitung von DKP-Müller-Goldenstedt und SPD-Kock bei ihrem Ausverkauf getreu dem arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetz: Als der HDW-Vorstand sich stur stellte, nicht einmal zu faulen Kompromissen bereit war, sorgte diese Aktionsleitung mit geheimer Abstimmung (zu der sämtliche „Leitende“ und andere Streikbrecher eingeladen waren) für den Abbruch der Besetzung.

„Das Betriebsverfassungsgesetz wurde 1920 gegen die Arbeiterräte der deutschen Revolution geschaffen, um sie durch Friedenspflicht und Schweigepflicht zu Räten der Kapitalisten gegen die Arbeiter zu machen. Nachdem die Nazis 1933 die Gewerkschaften und Arbeiterparteien zerschlagen hatten, bedienten sie sich 1934 einer Neuauflage gleicher Machart. Und das heutige Gesetz besiegelte 1952 das Ende einer Welle von Arbeiterkämpfen nach dem Zweiten Weltkrieg und bedeutet die Unterwerfung der Gewerkschaften gegenüber dem bürgerlichen



Stuttgart, 19. Mai: Mordanschlag eines Streikbrechers auf den IG-Druck-Ortsvorsitzenden Horst Bekel

Staat. Das arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetz muß weg! Und dessen Vollstrecker innerhalb der Gewerkschaft, die Bürokraten, müssen gefeuert werden. Die Arbeiterklasse braucht eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung und eine revolutionäre Partei!“ (Spartakist Nr. 49, März 1984)

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Mit ihrer organisierten Kraft, ihrer sozialen Macht, auf deren Schultern Westdeutschland, das wirtschaftliche Kraftzentrum Europas basiert, fällt der deutschen Arbeiterklasse auch gegenwärtig wieder eine Schlüsselrolle zu. Sie müssen kämpfen, damit ihre Zukunft nicht an den Verhandlungstischen ausverkauft wird, sondern ein Signal für ihre europäischen Klassenbrüder wird.

Denn zur gleichen Zeit streiken 100 000 britische Bergarbeiter gegen die angekündigten 20 000 Entlassungen und führen einen erbitterten Kampf, um die Eiserne Lady in die Knie zu zwingen. Kaum jemand hat ver-gessen, daß es auch 1974 die Bergarbeiter



Abonniert!

- Ich bin an Veranstaltungen und Materialien der TLD interessiert.
- Ich bitte um Zusendung von Probe-exemplaren des **Spartakist**. DM 1,- für Porto habe ich beigelegt.
- Ich möchte den **Spartakist** abonnieren. 8 Ausgaben – DM 8,50 einschließlich **Spartacist** (deutsche Ausgabe)

Name

Anschrift

Telefon

Einsenden an/überweisen auf
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postcheckkonto 119 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

waren, die die Tory-Regierung gestürzt haben. Die britische Bourgeoisie hat faktisch das Kriegsrecht über die Bergarbeiter verhängt und tausende bewaffnete Schläger, die Ordnungshüter des bürgerlichen Staats, terrorisieren die Streikenden. Und in Frankreich marschierten über 30 000 Stahlarbeiter aus Lothringen nach Paris, verbrannten Porträts von Mitterrand, den sie erst vor drei Jahren in der Hoffnung gewählt hatten, daß eine „sozialistische“ Regierung im Interesse der Arbeiter handeln würde. Heute sind die Tage von Mitterrands NATO/Austeritäts-Volksfront gezählt. Und in Italien wackelt der Thron eines weiteren Minister-„Sozialisten“; Regierungschef Craxi will per Dekret die Errungenschaften von 1969, die Scala mobile abschaffen, was bereits mehr als eine Million auf die Straße gebracht hat, deren Wut und Kampfbereitschaft nach dem Marsch auf Rom keineswegs gebändigt ist: „Agnelli, Agnelli, wir sind mehr als eine Million und wir sind nur eine Delegation!“

Was gebraucht wird, ist internationale proletarische Einheit im Kampf – insbesondere Solidaritätsstreiks über die nationalen Grenzen hinweg – gegen das Europa des Gemeinsamen Markts und der NATO. Die Notwendigkeit internationalen Klassenkampfes wie auch die zerstörerische Irrationalität des Kapitalismus ist nirgendwo klarer zu sehen als in der Stahlindustrie. Seit Jahren leidet die Stahlindustrie unter weltweiter Überproduktion und Überkapazität. Mit dem Ergebnis, daß ganze Industrieregionen verwüstet wurden, die auf Stahl und Kohle basieren – vom Saarland und der Ruhr in Westdeutschland, Lothringen in Frankreich bis zu Süd Wales in Britannien. Das Leben von zahllosen Stahlarbeitern und ihren Familien wurde zerstört. Das protektionistische EG-Kartell betreibt den Abbau der gesamten westeuropäischen Stahlindustrie. Mit der EG – geschaffen als ökonomische Basis für die NATO in Europa – sollte vor allem die deutsch-französische Konkurrenz geschlichtet werden, als Voraussetzung für einen gemeinsamen Krieg gegen die Sowjetunion. Doch trotz NATO ist die innerimperialistische Konkurrenz nicht gebannt. Um in der internationalen Krisensituation die eigenen Profite, die eigene Kriegsproduktion zu sichern, streben die verschiedenen Bourgeoisien nach wirtschaftlicher Autarkie. Das soll mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen, staatlicher Subventio-

nen wichtiger Industriezweige bewerkstelligt werden. Diese Subventionen werden aus der Lohntüte der Arbeiter geklaut und die jeweiligen Arbeiterführer von SPD, KPF, Labour oder KPI unterschreiben die Amnestie für die kapitalistischen Steuerdiebe, indem sie das Gift des Nationalismus und Protektionismus säen. „Kauft, produziert französisch“, schaffte eine deutsche „Nationale Stahl/Werft-AG“ krähen sie. Tucholsky verhöhnte diese reaktionären Utopisten und fügte hinzu „kauft deutsche Zitronen“.

Dabei tun sich besonders die Nationalkommunisten der DKP/SEW hervor. Um den Arbeitern eine demokratische Lösung in „diesem unseren (kapitalistischen) Lande“ vorzugaukeln, bieten sie ein Programm zur Aufpöpelung der kapitalistischen Wirtschaft an. Verbot von Massenarbeitslosigkeit, Beschäftigungsprogramm, Verstaatlichung, Stärkung der Massenkaufkraft und nicht zuletzt Senkung des Rüstungsetats heißt es. In Frankreich ist fast die gesamte Stahlindustrie, in Britannien der gesamte Bergbau verstaatlicht. Das hat weder die Arbeitsplätze sicherer gemacht, noch den Lebensstandard erhalten, geschweige denn Massenentlassungen verhindert.

Ohne Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft dienen die verstaatlichten Betriebe den Kapitalisten. Wer wie die DKP vom Staat das Verbot von Entlassungen fordert, der reiht sich brav in die Nachwächterkolonne derjenigen ein, die „im deutschen Interesse“ als Advokaten der deutschen Bourgeoisie die Wirtschaftsprobleme lösen wollen. Was das heißt, haben die Werftarbeiter gerade kennengelernt: Die gesamte Produktion der HDW soll nach Kiel verlagert und auf Kriegsschiffe umgestellt werden.

Eine fortschrittliche Lösung der kapitalistischen Krise kann es in Westeuropa nicht getrennt vom „anderen“ Europa – den degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten – geben. Der Deal über den Bau von VW-Motoren in der DDR ebenso wie das Erdgasröhrengeschäft mit der Sowjetunion geben einen Vorgeschmack auf die Möglichkeiten sozialistischer Planwirtschaft in ganz Europa. Trotz der Mißwirtschaft der stalinistischen Bürokraten gehört das Elend der Massenarbeitslosigkeit für die osteuropäischen Arbeiter der Vergangenheit an. Wir brauchen eine sozialistische Revolution gegen kapitalistische Ausbeutung und Anarchie in Westeuropa und ei-

ne politische proletarische Revolution gegen die stalinistische bürokratische Unterdrückung und Mißwirtschaft in Osteuropa. *Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!*

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!

Während SED-Generalsekretär Honecker die deutsche Bourgeoisie nicht mit Klassenkampf erschrecken will und eine illusionäre „Koalition der Vernunft“ predigt, stehen DKP und SEW, die Sozialdemokraten der zweiten Mobilisierung, ihm nicht nach; sie wollen sich mit den Nachfolgern von Ebert und Scheidemann vereinigen unter den Symbolen der 35-Sonne und der Friedenstaube. Doch dem Betrug mit der Forderung nach „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“ steht der Betrug der SPD-„Friedens“-partei in nichts nach: Auf dem letzten Parteitag bekräftigten sie ihre Ablehnung der Stationierung von Pershing und Cruise Missile, nachdem sie im letzten Herbst auf Gewerkschaftskongressen und Versammlungen sicherstellten, daß es keinen Generalstreik gegen die NATO-Raketen gibt. DKP/SEW loben die Ankunft der SPD im „Friedenslager“ und Herbert Mies biedert sich mit einem offenen Brief an Willy Brandt an: „Und es wäre ... von großer Wichtigkeit, daß die Führung der SPD ihre Autorität und ihren Einfluß tatsächlich für mehr Aktivität und Gemeinsamkeit ... in Sachen 35-Stunden-Woche in die Waagschale wirft.“ (*unsere zeit*, 14. April)

Der Einfluß der Sozialdemokratie bedeutet, die Arbeiterklasse für die revanchistischen Gelüste der eigenen Bourgeoisie zu mobilisieren, für eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands – und dies mit dem Aufkleber „atomwaffenfreie Zone“ oder „neutrales Deutschland“. Eine „atomwaffenfreie Zone“, wozu? Damit die Bundeswehr, die keine Atomsprengköpfe hat, sich in Europa „frei entfalten“ kann? Jeder sollte froh sein, daß die Sowjetunion Atomraketen zu ihrer Verteidigung hat. Sie haben bisher einen dritten Weltkrieg, den nuklearen Holocaust, verhindert. *Für die bedingungslose militärische Verteidigung von DDR/Sowjetunion gegen den Imperialismus!* Die einzige wirkliche Friedensbewegung aber ist die gemeinsame revolutionäre Mobilisierung der west-

deutschen und ostdeutschen Arbeiter, weder für ein sozialdemokratisches viertes Reich, noch für Honeckers preußischen „Sozialismus in einem halben Land“, sondern *für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands.*

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Der Schlüssel dazu ist eine revolutionäre Führung in der Tradition der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki, deren Aufgabe es ist, die bürgerliche Arbeiterpartei SPD entlang der Klassenlinie zu spalten und so die reformistische Hegemonie über die Arbeiterklasse zu brechen. Die SPD – „im deutschen Interesse“ – ist der Todfeind des proletarischen Internationalismus. Überall dort, wo sie heute als Landesfürsten die Macht haben, führen sie vor, was Krisenbewältigung à la SPD heißt. Der von den Grünen unterstützte SPD-Börner hat weder gezögert, Türken/Kurden an die Folterknechte in Ankara auszuliefern, noch die Asylanten-KZs abgeschafft, deren Existenz er wie die Nazis als „eine Frage der Hygiene“ bezeichnet hat. Und inzwischen hat der hessische SPD-Landtagsabgeordnete Nitzling dem Wirtschaftsminister nahegelegt, mit einer Kopfpromie alle ausländischen Arbeiter in Hessen zur Abreise zu bewegen, damit Wohnungs- und Arbeitsprobleme der Deutschen gelöst werden können (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. April). So entpuppt sich die Ausländerpolitik der Sozialdemokraten als brutaler „alternativer“ Rassismus.

Eine revolutionäre Massenpartei kann in Westdeutschland allerdings nur aufgebaut werden, wenn es gelingt, die eingewanderten Arbeiter verschiedenster Nationalitäten – die etwa ein Sechstel des Industrieproletariats stellen – und die deutschen Arbeiter für einen gemeinsamen Kampf zu organisieren. Indem die deutschen Arbeiter für ihre am meisten unterdrückten Klassenbrüder eintreten und den Kampf um *volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien*, gegen Abschiebungen mit aller Kraft führen, werden sie in den türkischen, kurdischen, jugoslawischen, griechischen, italienischen, spanischen Kollegen die besten Mitkämpfer in den gegenwärtigen und künftigen Klassenschlachten haben. *Vorwärts zu einer integrierten revolutionären Arbeiterpartei!* ■

Polizeiterror...

Fortsetzung von Seite 12

staat“ und seine Gefängnisse sind berüchtigt. Sechs ausländische Häftlinge mußten in der Sylvesternacht im Westberliner Abschiebeknast Augustaplatz grausam verbrennen, Cemal Kemal Altun wurde durch Abschiebeterror in den Tod gehetzt. Mit den Terrorurteilen im Kölner Konsulatsbesetzer-Prozeß sollen kurdische und türkische Unterstützer der linken Organisationen Devrimci Sol und Halk Der die „RAF-Behandlung“ erhalten. Wir vergessen nicht das Schicksal von Ulrike Meinhof (angeblicher „Selbstmord“) und der anderen Mitglieder der sogenannten Baader-Meinhof-Bande aus der deutschen Linken.

Während Schmidts Austeritäts-/Lohnraubregierung sich für den Wiederaufschwung des deutschen Nationalismus verdient gemacht und in Anlehnung an Deportationsgesetze der Nazis bereits Hunderttausende ausländischer Arbeiter abgeschoben hat, steuert die reaktionäre Kohlregierung unmißverständlich auf die „Endlösung der Ausländerfrage“ zu. Mit dem Schlachtruf „Türken raus“ hat sie die Jagdsaison auf eingewanderte Arbeiter und besonders ausländische Linke für eröffnet erklärt. Auftakt für verschärfte Illegalisierung und Terrorisierung war Zimmermanns Verbot von Devrimci Sol und Halk Der im Januar 1983. Jetzt ist die MTIB, Sympathisantengruppe von İçinin Sesi die Zielscheibe; wer wird der nächste sein??

Während die türkische NATO-Junta allein im letzten Monat über 60 Todesurteile gegen Kurden und linke Türken gefällt hat, wird in Westdeutschland – dem „demokratischen“ Nachfolgestaat von Auschwitz – auf türkische Linke geschossen. Während die deutsche Bourgeoisie Milliardenkredite und massive Militärhilfe für die türkischen Generale

aufbringt, setzt sie tausende ausländische Arbeiter mit einem Tritt auf die Straße, um sie zurück in Elend und Terror ihrer Heimat zu deportieren. Für seinen antisowjetischen Kriegskurs geht der deutsche Imperialismus über Leichen.

Gleichzeitig haben die Kapitalisten mit ihrer Anti-Gewerkschaftskampagne der gesamten Arbeiterklasse den Krieg erklärt und wollen die Abschaffung jeglicher demokratischer „Kostspieligkeiten“: Asylrecht, Demonstrationsrecht, Streikrecht u. a. m. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! **Weg mit dem Verbot von Dev Sol und Halk Der! Sofortige Freilassung der fünf MTIB-Unterstützer und anderen linken politischen Gefangenen! Sofortige Niederschlagung der Verfahren! Für das Recht auf freie politische Betätigung!**

Heute, wo wieder die Werbetrommeln für eine neue SPD-Regierung gerührt werden, bedeckt sich die Partei der Ausländergesetze, Berufsverbote und des NATO-Doppelbeschlusses gerne mit dem Feigenblatt „Gegen Ausländerfeindlichkeit“. Doch überall dort, wo sie mit oder ohne Grüne-Unterstützung die Macht hat, führt sie vor, was von ihrem „alternativen“ Rassismus zu erwarten ist. Die Scharfschützen des Mannheimer Überfalls haben Rückendeckung von einem *SPD-Bürgermeister!* Bei der Einrichtung von Asylanten-KZs, bei Auslieferungs- und Abschiebeterror stehen die SPD-Landesfürsten ihren christlichen Kollegen in nichts nach. Denn trotz Heuchelei mit Menschenrechtsphrasen, Friedenstaube oder 35-Sonne ist Willy Brandt sich mit Helmut Kohl einig: NATO-Kriegskurs gegen DDR/Sowjetunion heißt Krieg gegen Arbeiter, Frauen, Ausländer.

Der DKP-Vertreter bei den Hamburger „Aktionseinheitstreffen“ verweigerte Solidaritätsaktionen schamlos mit dem Hinweis, „alle Kräfte für die 35-Stunden-Woche“ zu brauchen. Offener hätte er nicht bekennen

können, daß die DKP wie die SPD sich vor allem um Arbeitsplätze für Deutsche sorgt. Der Polizeikrieg gegen die MTIB findet ja gerade jetzt in Baden-Württemberg statt, weil die ausländischen Arbeiter in den dort laufenden Streiks die militantesten sind. Die TLD kämpft dafür, die gesamte Arbeiterklasse zu mobilisieren, **für volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und ihre Familien!**

Mit Appellen wie „Verbot der Nazis“, „demokratische Kontrolle der Polizei“ propagieren Reformisten die reaktionäre Utopie eines „humaneren“ Kapitalismus. Weder westdeutsche noch türkische Linke wollen den bürgerlichen Staat mit militanten Aktionen erschrecken. Im Gegenteil: Sie wollen mit diesem eingeschworenen Klassenfeind zusammenarbeiten in der illusionären Hoffnung auf eine „demokratische“ Polizei. In der Presseerklärung des „linken“ Unterschriftenkartells in Mannheim heißt es: „Das Verhalten der beteiligten Polizisten ... untergräbt auch jegliches Vertrauen in unsere Polizei.“ Doch die bürgerliche Polizei ist nicht ein Verein christlicher Männer; sondern sie sind bewaffnete Banden zur Verteidigung der Herrschaft der Bourgeoisie.

Nach dem brutalen Polizeiangriff in Mannheim hat die Trotzkiistische Liga in Hamburg und Frankfurt sofortige Aktions-einheiten unter folgenden Losungen vorgeschlagen: **Protestiert gegen den blutigen Polizeiterror in Mannheim! Verteidigt die MTIB! Stoppt die Menschenjagd auf Ausländer! Gleichzeitig propagierten wir bei sämtlichen „Aktions“treffen die Notwendigkeit Arbeiter und Gewerkschaften zur Verteidigung zu mobilisieren. Sie sind der einzige Bündnispartner an deren Seite rassistischer Terror erfolgreich zurückgeschlagen werden kann! Aber das ist nicht die Strategie der „linken“ Reformer von DKP, DFU, KB einschließlich İçinin Sesi. Ihr Programm basiert auf krimineller Volksfrontpolitik – dem Ringen um**

„Respektabilität“ und die Gunst bürgerlicher „demokratischer“ Bündnispartner. Damit entwaffnen sie linke und Arbeiterorganisationen und liefern ihre Mitglieder der „demokratischen“ Willkür ihrer Verfolger aus. Als die Genossen von Dev Sol und Halk Der um ihre Existenz gegen die Illegalisierung kämpfen mußten, wurden sie von den Linksstalinsten der İçinin Sesi zwar mit solidarischem Wortgeklingel unterstützt, nicht aber mit der Mobilisierung zu ihrer Verteidigung. Damit hat İçinin Sesi der eigenen Diskriminierung durch den bürgerlichen Staat den Weg bereitet. Selbst jetzt, wo wenigstens fünf Mitglieder von der MTIB Geiseln der rassistischen Klassenjustiz sind, respektiert diese Organisation ehrfurchtig die demokratischen Richtlinien ihrer grünen Bündnispartner und verzichtet auf öffentliche Protestaktionen mit Trotzkiisten. **Schluß mit der Volksfrontpolitik! Einheitsfrontaktionen von Arbeitern, Linken und Gewerkschaftern müssen den rassistischen Schlägerbanden eine Lektion erteilen und die Menschenjagd auf Ausländer stoppen!** ■

Grundsatzklärung der Spartacist League

(auf türkisch)



SPARTAKÜS LİGASI'NİN TEMEL PRENSİPLERİ

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt

0,30 DM

Britannien...

Fortsetzung von Seite 5

traler Bedeutung, teilte *Spartacist Britain* mit, es würden täglich zwei bis fünf Eisenbahner wegen ihrer Weigerung, bestreikte Kohle zu befördern, nach Hause geschickt; er habe auch gehört, daß bewaffnete Polizisten auf den Zügen mitführen. Dennoch reden die nationalen Gewerkschaftsführungen nicht einmal von Streikaktionen, um die eigene Basis zu verteidigen und die Bergarbeiter zu unterstützen. Dieser Verrat der Gewerkschaftsführer muß bekämpft werden. Die Eisenbahner von Wirral haben den Weg gezeigt: Der Weg zum Sieg erfordert eine starke nationale Streikaktion Seite an Seite mit den Bergarbeitern.

Für internationale Arbeitersolidarität!

Militante Kämpfer müssen genau unterscheiden zwischen der Notwendigkeit, die Einfuhr von Kohle zu stoppen, die zum Streikbruch dient, und der protektionistischen Politik von Importkontrollen, die von „Linken“ wie Scargill und Tony Benn befürwortet wird. Importkontrollen sichern keine Arbeitsplätze, stärken aber stattdessen Nationalismus und Rassismus, die von der regierenden Klasse benötigt werden, um die Flammen antigewerkschaftlicher Reaktion bei sich daheim zu schüren. Ebenso wie die Produktivitätszulagen in diesem Land die Arbeiterklasse spalten, unterminiert der Protektionismus unsere Fähigkeit, an die Arbeiter der anderen Länder zu appellieren, Solidaritätsaktionen durchzuführen. Dabei macht es dieser Streik direkt und dringend notwendig, an die amerikanischen und australischen Hafenarbeiter zu appellieren, die Ausfuhr von Kohle nach Britannien zu stoppen.

Es ist ein Skandal, daß auch aus Polen immer noch Kohle ankommt. NUM-Vertreter haben an das Jaruzelski-Regime appelliert, der Kohlenausfuhr Einhalt zu gebieten. So bezeichnete der NUM-Sekretär des Landesbezirks Kent die Aktionen der polnischen Regierung als ebenso skandalös wie die der Streikbrecher unter den Bergarbeitern in

Nottinghamshire. Wegen ihrer Weigerung, das antikommunistische Gezeter über Solidarność mitzumachen, verfügen die Führer der NUM über eine gewisse Autorität bei der Regierung des polnischen deformierten Arbeiterstaates, da Thatcher die eingeschwo-rene Feindin beider ist. Daß das stalinistische Regime in Polen sich heute wie schon 1972 und 1974 als Streikbrecher gegen den Kampf der Bergarbeiter betätigt, spricht Bände über den arbeiterfeindlichen Nationalismus der Jaruzelski & Co.

Die Linke und der Bergarbeiterstreik

Die Kommunistische Partei (KP) ist trotz einer beträchtlichen Anhängerschaft in den Gewerkschaften von ihren „linken“ Kumpen im TUC kaum zu unterscheiden. *Morning Star* bejubelte eine Konferenz von 800 Vertrauensleuten am 5. April in Glasgow als bedeutenden Schritt nach vorn für die Unterstützung der Bergarbeiter. Aber die Organisatoren der Konferenz haben nicht einmal ihren früheren Vorschlag für einen pro forma halbtägigen Generalstreik in Schottland eingebracht. Stattdessen leierten KP-Anhänger Mick McGahey und andere offizielle Redner endlos über moralische und finanzielle Unterstützung für den Streik. Ein militanter NUR-Arbeiter bei den Londoner Nahverkehrsbetrieben, Anhänger der Spartacist League, intervenierte dagegen mit der Forderung: „Macht die Eisenbahn und die Kraftwerke dicht – sofort!“ – und wurde dafür mit Beifall begrüßt.

Im Gegensatz zum offenen Streikbruch und leeren Geschwätz der „Linken“ kämpfen unsere Anhänger in den Gewerkschaften für die Organisation von Streikaktionen. Eine Woche nach Streikbeginn nahmen zwei NUR-Ortsvereine bei den Londoner Verkehrsbetrieben von Spartacist-Anhängern eingebrachte Resolutionen mit der Forderung an, den Transport von Kohle zu verweigern und einen nationalen Eisenbahnstreik (einschließlich des Londoner U-Bahn- und Busverkehrs) auszurufen, falls es zu Vergeltungsmaßnahmen gegen militante Eisenbahner kommen sollte. In der Rover-Fabrik von British Leyland in Solihull hat das Shop-Ste-

warts-Komitee (im Betrieb gewähltes Komitee gewerkschaftlicher Vertrauensleute) eine von einem Spartacist-Anhänger eingebrachte Resolution gebilligt, die nicht nur Unterstützung durch Spenden und Streikposten verlangt, sondern auch dazu aufruft, den Tagebau dicht zu machen.

Wir von der Spartacist League/Britain und unsere Anhänger in den Gewerkschaften haben unsere sämtlichen Ressourcen in den Kampf für einen Sieg der Bergarbeiter geworfen. Über 15 000 Exemplare unseres Streik-Extrablatts sowie Tausende von Flugblättern wurden im ganzen Land verteilt, von Schottland bis Yorkshire, South Wales und Kent. Am 29. März stach auf der Londoner „Tag der Demokratie“-Demonstration unser Banner mit dem Aufruf „Zerschlagt den Angriff der Tories – die Bergarbeiter dürfen nicht allein stehen!“ hervor. Um die Wahrheit über den Streik zu verbreiten, haben wir öffentliche Veranstaltungen organisiert. In Duncroft, South Yorkshire, kamen am 29. März streikende Bergarbeiter, um den Film „Harlan County, U.S.A.“ zu sehen und Redner wie Gene Herson zu hören, einen Seemann aus den USA und Organisator einer klassenkämpferischen Opposition in der Seeleutengewerkschaft NMU.

Am Abend darauf fand in London eine öffentliche Veranstaltung der SL mit Malcolm Pitt statt, dem NUM-Präsidenten der Kent-Region, sowie mit einem Aktivisten der NUR als Gastredner. Ein Spartacist-Sprecher legte die zentralen Aufgaben des Streiks dar: „Von einem einfachen gewerkschaftlichen Standpunkt aus müßte es klar sein, daß die Eisenbahner Streikbrecher-Kohle nicht befördern, daß die Stahlarbeiter Kohle nicht anrühren, daß die LKW-Fahrer Kohle nicht transportieren, daß die Kraftwerksarbeiter nichts mit ihr zu tun haben, solange die Bergarbeiter streiken. Aber die Sache ist die: Dieses Land kommt zum Stillstand, wenn diese einfachen Maßnahmen der gewerkschaftlichen Solidarität befolgt werden. Und der Grund, warum derartige elementare Solidaritätsaktionen, die abstrakt erörtert werden, nicht praktiziert werden, liegt darin, daß die Führung der Gewerkschaften und die Führung der Labour Party sich dessen bewußt

sind, daß ein von ihnen um die Frage der Bergarbeiter ins Leben gerufener Generalstreik die Frage der Macht auf die Tagesordnung setzen würde. Und sie sind nicht bereit, mit dem Kapitalismus aufzuräumen.

Und die fundamentale Frage, die ich hier anschnitten möchte, ist die Haltung gegenüber der russischen Revolution und der Sowjetunion. Wenn man diesen Streik betrachtet, ist es doch klar: Die Elemente in der Arbeiterbewegung, die die UdSSR am meisten hassen, sind diejenigen, die am eifrigsten auf die Arbeiter einreden, sie sollen die Streikpostenketten durchbrechen. Ein klassisches Beispiel dafür ist Frank Chapple – von solchen Leuten gibt es aber eine ganze Menge. Und deswegen war Blackpool so wichtig... Als Scargill den Punkt (über Solidarność) machte und kein einziger Delegierter auf dem TUC-Kongreß aufstand, um ihn zu verteidigen, als man ihn zum wildgewordenen Roten abstempeln wollte, da wußte Margaret Thatcher, daß sie beste Aussichten hatte, diese Gewerkschaft zu isolieren. Und deswegen hat sie diese Situation provoziert.“

Heute versucht die Führung der Labour Party offen, die Bergarbeiter auszuverkaufen, während die „Linken“ wie Tony Benn, die so eifrig auf Einigkeit hinter dem Labour-Party-Führer Kinnock bedacht sind, sich nicht einmal einer streikbrecherischen Urabstimmung widersetzen wollen. Die britische Arbeiterklasse steht heute mitten in einem Kampf gegen die rohe, nackte Gewalt des kapitalistischen Staates, der die entscheidendste Auseinandersetzung seit Jahrzehnten ist. Diese Schlacht muß gewonnen werden! Die Arbeiter dieses Landes brauchen dringend eine kämpfende, revolutionäre Avantgardepartei, die durch die Spaltung der Labour Party geschmiedet wird, die die Arbeiterbasis für das Programm des revolutionären Klassenkampfes gewinnt und diese Basis gegen die prokapitalistische Spitze kehrt. Ziel der Spartacist League ist es, eine solche Partei aufzubauen. Deswegen sagen wir heute: Sieg den Bergarbeitern! Macht die Eisenbahn, die Stahl- und Kraftwerke dicht! Zerschlagt den Angriff der Tories! Stürzt Margaret Thatcher! ■

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 4

Verfall ihres eigenen Produktionsapparats verantwortlich ist. Das ist das Ergebnis des Systems der Profitwirtschaft.

Früher „heilten“ Ärzte mit Blutegeln, durch wiederholtes Schröpfen. Oft starben ihre Patienten. Unsere „sozialistischen“ Quacksalber am Krankenbett des Kapitalismus werden keine besseren Ergebnisse erzielen. Mit ihrer Austeritätspolitik schröpfen sie die Arbeiterklasse, plündern oder streichen Sozialleistungen. Aber wie auch immer – diese massive Umverteilung wird keine kapitalistischen Investitionen auslösen, sie sind weiterhin durch den Fall der Profitrate blockiert.

Bald werden wir drei Millionen Arbeitslose haben und weitere 86 000 Arbeitsplätze pro Jahr weniger – und Nullwachstum. Und alles, was sie uns bieten können, ist Blabla über „Strukturveränderung“. In Longwy wurden letztes Jahr 280 Arbeitsplätze geschaffen, ganze siebengingen an ehemalige Stahlarbeiter. Jahrelange Erfahrungen und wertvolle Fachkenntnisse sind von Auslöschung bedroht.

Das Desaster der Stahlindustrie ist Ergebnis von Jahren kapitalistischer Anarchie. Es gibt eine erhebliche Überproduktion und große Überkapazitäten für Stahl auf dem Weltmarkt. Um die Stahlwerke in Frankreich zu erhalten, bräuchte man scharfen Protektionismus und/oder ein wahnwitziges Rüstungsprogramm mit einer riesigen Panzerproduktion. Um aus der Sackgasse herauszukommen, brauchen wir eine wirkliche Planwirtschaft. Millionen Arbeiter wissen heute, daß Verstaatlichungen unter dem bürgerlichen Staat nichts ändern. Verstaatlichte Unternehmen werden nach wie vor nach Profitgesichtspunkten betrieben; sie stellen die Fließbänder schneller und werfen Zehntausende auf die Straße.

Solange es Kapitalismus gibt, ist es unmöglich, daß die Stahlindustrie für gesellschaft-

liche Bedürfnisse produziert. Alle „Gegenpläne“ der Reformisten sind utopisch (so utopisch wie Mitterrands Plan, ganz Frankreich in ein gigantisches „Silicon Valley“ zu verwandeln); sie scheitern an der unüberwindlichen Barriere der Profitrate.

„Produziert französisch“ ist eine tödliche Falle für die Arbeiter. Wir verlieren überall: Protektionistische Maßnahmen rufen entsprechende Gegenmaßnahmen hervor; was auf dem Binnenmarkt gewonnen wird, geht an den Exporten verloren. Protektionismus bedeutet „Solidarität“ mit den Arbeitgeberverbänden, unserem Klassenfeind, gegen unsere Klassenbrüder in anderen Ländern, die vor den gleichen Schwierigkeiten stehen wie wir. Protektionismus bedeutet, der einzig wahren Lösung den Rücken zu kehren – rationale sozialistische Planwirtschaft auf europäischer Ebene. Wirtschaftsnationalismus, reaktionär und utopisch wie er ist, bedeutet Nährboden für Chauvinismus und spaltet die französischen Arbeiter von denen, die in den letzten zwei Jahren die Avantgarde im Klassenkampf gestellt haben: den eingewanderten Arbeitern, vor allem in der Autoindustrie. Sie gegen Abschiebungen und rassistischen Terror zu verteidigen bedeutet, die Speerspitze des Kampfes gegen Mitterrands Austeritätspolitik zu verteidigen.

Für eine neue, revolutionäre Führung

Die Stahlarbeiter Lothringens haben seit 1979 eine Kampfkraft bewiesen, die ihresgleichen sucht. Wo ist die Führung, die dieser Kämpfe wert ist? In den drei Jahren Mitterrand-Regierung haben die KPF und die von ihr geführte CGT den Unmut der Arbeiterklasse gedämpft und damit der „Republik“, das heißt dem Großkapital, einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Heute können sie sich sehr schnell selber vor der Tür wiederfinden, und zwar genau deshalb, weil sie der Bourgeoisie diesen Gefallen getan haben! Mitterrand greift die Arbeiterbasis der KPF an (und was nützen Parlamentssessel, wenn ihre Verankerung in der Schwerindustrie vernichtet wird). Um ihre Kabinettspötschen zu behalten, haben die reformistischen Büro-

kraten unzählige Schläge ins Gesicht einfach eingesteckt und sind soweit gegangen, daß sie selbst Streiks brechen, wie bei Talbot in diesem Jahr.

Die KPF, die die ganze Verantwortlichkeit für die Stahlkrise auf den deutschen Imperialismus abwälzt, steht objektiv in einem anti-deutschen Block mit den Gaullisten. Die Reformisten hetzen die Stahlarbeiter von Usinor-Dunkerque, Longwy, Fos gegeneinander auf. Und noch schlimmer, ihr widerlicher Chauvinismus verhindert einen gemeinsamen Kampf mit den belgischen und deutschen Arbeitern (die für die 35-Stunden-Woche kämpfen).

Wir brauchen eine Führung, die ausgehend von der Tatsache, daß diese Regierung ein geschworener Feind der Arbeiter ist, Entscheidungen fällt und – bewaffnet mit einem klassenkämpferischen Programm – den Kampf zum Sieg führt. Wir müssen kämpfen wie nie zuvor, um die Gewerkschaften auf die Grundlage eines revolutionären Programms zu stellen, und um in diesem Kampf Streikkomitees und Fabrikräte aufzubauen, die breite Schichten von Arbeitern in den Kampf einbeziehen. Der Schlüssel dazu ist eine neue, revolutionäre Führung – eine leninistische Partei, eine trotzkistische Avantgardepartei. Wir Trotzkisten bauen auf

den Lehren der Vergangenheit auf – dem Bankrott der Volksfrontregierung Blums, die 1937 befahl, auf antifaschistische Demonstranten in Clichy das Feuer zu eröffnen. Wir haben die Arbeiter vor Mitterrands Volksfront gewarnt. KPF-Führer Marchais küßte Mitterrand die Füße, während sich die gesamte „extreme Linke“ in Claqueure für die Volksfront verwandelte.

Es gibt heute keine anerkannte revolutionäre Führung, die in der Lage wäre, in diesem Klassenkrieg eine entscheidende Anleitung zu geben. Aber jetzt, wo Mitterrand die französische Industrie schleift und zehntausende Arbeiter auf die Halde wirft, wird das Proletariat zum Generalstreik gegen das kapitalistische Austeritätsprogramm gezwungen, um seine nackte Haut zu retten. Um Leo Trotzki über den britischen Bergarbeiterstreik 1926 frei zu zitieren: Die Arbeiterklasse kann nicht zulassen, daß der Bankrott des französischen Kapitalismus den Bankrott der französischen Bevölkerung bedeuten soll. Soweit, wie der Würgegriff der traditionellen reformistischen Irreführer des Proletariats durchbrochen wird, je umfassender und militanter der Kampf durchgeführt wird, desto mehr werden die revolutionären Energien der Arbeiter für die kommenden Entscheidungskämpfe entfesselt. ■



Bestellt!

SPARTACIST

GEBUNDENE AUSGABE

Deutsche Ausgabe: Nr. 1 – 10
Frühjahr 1974 – Winter 1981/82

Der erste Band von *Spartacist*, deutsche Ausgabe, enthält wesentliche Gründungsdokumente der Trotzkistischen Liga Deutschlands sowie Übersetzungen von Artikeln aus *Workers Vanguard* und *Spartacist*, englischsprachige Ausgabe.

DM 60, –

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

DM 2, –

Zentralamerika..

Fortsetzung von Seite 12

März 1982 an der Spitze der salvadorianischen Regierung. Während seiner Herrschaft ermordeten die Todesschwadronen und das salvadorianische Militär 30 000 Arbeiter und Bauern. Das Duarte-Regime verschaffte den Schlichtereien einen legalen Deckmantel, indem es mit einer Reihe von Dekreten landesweit den Belagerungszustand verhängte, bürgerlichen Ungehorsam zu einer terroristischen Handlung erklärte, Streiks und jede Art von Gewerkschaftsaktivitäten verbot, den öffentlichen Dienst militarisierte und den „Sicherheitskräften“ bei ihrem Kampf gegen „Subversion“ freie Hand gab.

Aber die Unfähigkeit der Duarte-Regierung, militärisch die Oberhand über den Aufstand der linken Guerilla zu erlangen, brachte die Führer der Todesschwadronen und Teile des Militärs und der Oligarchie dazu, ihre eigene direkte politische Agentur in Gestalt der Nationalistischen Republikanischen Allianz (ARENA) zu schaffen, eine paramilitärische Organisation, deren Führer der Macho *Caudillo* Roberto D'Aubuisson ist. Seinen Spitznamen „Lötampen-Bob“ erhielt er durch seine bevorzugte Methode, „Subversive“ zu foltern – durch Einführung einer Lötampe in den After. Er beschuldigt die Christdemokraten, „weich gegen den Kommunismus“, wenn nicht gar selbst Kommunisten zu sein; und er ist für den US-Imperialismus nicht zuletzt deshalb nützlich, weil er es Duarte erlaubt, als „gemäßigt“ zu posieren – etwa so, wie man Mussolini im Vergleich mit Hitler als „gemäßigt“ ansehen könnte.

In den salvadorianischen Wahlen ist es Pflicht, zu „wählen“. Formal ist die Strafe, wenn man nicht wählt, eine Geldbuße; „inoffiziell“ kann es der Tod sein. Die *New York Times* (27. März) schrieb zynisch: „Bürger, die einen Wahlstempel im Ausweis haben, fühlen sich im allgemeinen sicherer im Umgang mit Behörden und Sicherheitskräften als die, die keinen haben.“ Hunderttausende Salvadorianer standen stundenlang an oder liefen von einem Wahllokal zum anderen und versuchten verzweifelt, den für sie vorgeschriebenen Platz zum „Wählen“ zu finden. Viele Salvadorianer konnten gar nicht wählen, obwohl sie dachten, daß ihr Leben davon abhängt.

Bundeskanzler Helmut Kohl gratulierte seinem Parteifreund Duarte in einem Glückwunschtelegramm zu seinem „Wahlsieg“, erinnerte an ihre „lange persönliche Freundschaft“ und erklärte, das Volk von El Salvador habe mit der „Wahl“ dieses Henkers „einen Beweis seiner politischen Reife erbracht“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. Mai)! Kein Wunder, daß die Duarte-Diktatur einen der berüchtigsten Mordbrenner El Salvadors, Oberst Nicolas Carranza, in Bonn als Militärattaché unterbringen will! Wo könnte sich Carranza, bislang Chef der salvadorianischen Finanzpolizei, der mörderischsten aller „Sicherheitskräfte“, und CIA-Informant in den Todesschwadronen, auch wohl fühlen als im Kreis seiner Kumpane der Bundes-

wehr, den ehemaligen Nazioffizieren und Mochtegern-Ostlandreitern? Die Kohl-Regierung legte die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ für das sandinistische Nicaragua auf Eis und schießt jetzt dem durch „Wahlen“ legitimierten Massenmörder Duarte Millionen DM in die Venen. Schließlich wurden die 2,1 Millionen Dollar CIA-Wahlhilfe für Duarte und Blutdollars für die nicaraguanischen Killer-Contras Eden Pastoras über die christdemokratische Konrad-Adenauer-Stiftung „gewaschen“ (*Der Spiegel*, 14. Mai). Schließlich versorgen Kohl und Konsorten die honduranische Armee mit „Ausrüstungshilfe“ gegen die salvadorianischen FMLN-Guerillas.

Das SPD-Präsidiumsmitglied Wischniewski wiederum erklärte zur „Wahl“ Duartes, „die SPD sei bereit, den christlich-demokratischen Präsidenten bei dieser Aufgabe (des Dialogs mit der FMLN) zu unterstützen. Davon hänge die Befriedung des gespaltenen Landes ab“ (nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. Mai). Die Sozialdemokratie hofft Zentralamerika „befrieden“ zu können, wie sie 1974/75 die portugiesische Revolution niederschlagen half.

Im Fahrwasser der SPD propagieren die Reformisten der DKP, in El Salvador müßten „im nationalen Interesse echte Verhandlungen“ für eine „Provisorische Regierung der breiten Beteiligung“ (*unsere zeit*, 23. Mai) geführt werden. Aber was kann eine „politische Lösung“ anderes bedeuten als daß die linken Aufständischen *die Waffen niederlegen*, das heißt eine *militärische Lösung* für die salvadorianischen Schlichter und ihre imperialistischen Herren! Solch eine „demokratische Etappe“ nach dem Geschmack der Stalinisten würde mit einem *Massenmord* an zehntausenden salvadorianischen Arbeitern und Bauern ihren Abschluß finden.

Für Arbeiterrevolution!

In El Salvador wütet seit fünf Jahren ein Bürgerkrieg, in dem linke Guerillas einem Schlächter-Regime gegenüberstehen, das vom US-Imperialismus gestützt wird. Heute beherrschen die Guerillas ein Drittel des Landes, während die Regierungstruppen zunehmend dadurch rekrutiert werden, daß man die Leute von der Straße mit vorgehaltener Pistole in die Armee zwingt. Aber die politische Führung der Guerillas in der FDR/FMLN versucht, die Siege der Rebellen auf dem Schlachtfeld zu benutzen, um einen *politischen Handel* mit den herrschenden rechten Schlächtern El Salvadors für eine „Provisorische Regierung der breiten Beteiligung“ abzuschließen. Liberale bürgerliche Kommentatoren haben jedoch schon besorgt angemerkt, daß es fraglich ist, „ob die Leute, die die Gewehre haben, irgendeinen zukünftigen politischen Handel respektieren werden“ (*New York Times*, 1. April). Die politische Polarisierung geht zu tief. Ein solcher „Handel“ wird von den rechten Todesschwadronen ganz sicher *nicht* respektiert werden. *Die linken Aufständischen müssen den Krieg gewinnen!*

Im benachbarten Nicaragua ermordete die Nationalgarde des von den USA eingesetzten Schlächters Anastasio Somoza 50 000 junge

sind von wirklich sozialistischen Idealen, und die gewonnen werden können für das trotzkistische Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung des sowjetischen Blocks gegen den Imperialismus und der proletarisch-politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie. Der Schlüssel zur Verwirklichung dieses Programms ist die Bildung eines Netzes von trotzkistischen Zellen zur Propaganda und Erziehung im Untergrund.

Was würde eine wirklich kommunistische Regierung im Polen mit all diesen Radio-Freies-Europa-Priestern anfangen? Während der großen französischen Revolution im Jahre 1789 hat ein Jakobiner vom linken Flügel, Jean-François Varlet, vorgeschlagen, widerspenstige Priester, die sich weigern, den Treueeid auf die Republik zu leisten, gegen französische Gefangene auszutauschen, die von den Berberpiraten gefangen gehalten wurden. Wir würden erwägen, einige der reaktionären polnischen Priester gegen politische Gefangene der Arbeiterklasse und Linken auszutauschen, die von den vor Bluttriefenden Juntas der „Freien Welt“ in Lateinamerika eingekerkert werden. ■



Lenin Über die Losung der „Entwaffnung“

Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, ist nur wert, als Sklave behandelt zu werden. Wir können doch nicht, ohne uns in bürgerliche Pazifisten oder Opportunisten zu verwandeln, vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß es daraus keinen anderen Ausweg gibt und auch nicht geben kann als den Klassenkampf und die Niederwerfung der Macht der herrschenden Klasse.

In jeder Klassengesellschaft – ob sie auf der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder, wie heute, auf der Lohnsklaverei beruht – ist die unterdrückende Klasse bewaffnet. Nicht nur das heutige stehende Heer, sondern auch die heutige Miliz – selbst in den demokratischsten bürgerlichen Republiken, z. B. in der Schweiz – ist Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. . . Es genügt, den Einsatz von Militär (einschließlich der republikanisch-demokratischen Miliz) gegen Streikende zu erwähnen, eine Erscheinung, die allen kapitalistischen Ländern ohne Ausnahme gemeinsam ist. . .

Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, die „Forderung“ der „Entwaffnung“ aufzustellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunkts und jedes Gedankens an die Revolution. Unsere Losung muß lauten: Bewaffnung des Proletariats, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die sich aus der ganzen *objektiven Entwicklung* des kapitalistischen Militarismus ergibt und von dieser Entwicklung diktiert wird. Erst *nachdem* das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, alle Waffen zum alten Eisen werfen, was es dann auch zweifellos tun wird, aber erst dann, auf keinen Fall früher. Lenin *Werke*, Band 23

Nicaraguaner, bevor die Sandinisten ihn in der politischen Revolution von 1979 von der Macht vertrieben. Das Militär floh vor der Revolution über die Grenze nach Honduras – die Formationen bewaffneter Menschen, die die Grundlage des bürgerlichen Staates bilden, waren effektiv zerstört – aber die Sandinistas weigerten sich, die konterrevolutionäre Bourgeoisie als Klasse sowohl ökonomisch als politisch zu enteignen. Die kleinbürgerlich-nationalistischen Sandinistas versuchen zwischen den Arbeiter- und Bauernmassen auf der einen Seite und den nicaraguanischen Kapitalisten – der „fünftens Kolonne“ des Imperialismus und des Contraterrors – auf der anderen zu *balancieren*. Der sogenannte „Mittelweg“ des politischen „Pluralismus“ und einer „gemischten Wirtschaft“ ist wohl oder übel der *Weg zur Konterrevolution*. Nur die Enteignung der nicaraguanischen Kapitalisten und die Ausweitung der Revolution auf Zentralamerika und nach Norden auf Mexiko kann die Rückkehr der Somoza-Tyrannie in Nicaragua verhindern! Den Imperialismus zu beschwichtigen bedeutet, die mögliche Invasion des US-Imperialismus zu *erleichtern*, weil das den *revolutionären Willen der Massen schwächt* – ein wichtiger Faktor, der bisher den Manövrierraum des US-Imperialismus stark eingeengt hat. Als die USA in Grenada einmarschierten, gab es seitens der einheimischen Bevölkerung kaum Widerstand; das lag vor allem daran, daß es keine revolutionäre Mobilisierung der Massen gab: der populäre Links-Nationalist Maurice Bishop war durch einen Palast-Coup an die Macht gekommen und wurde auf die gleiche Weise gestürzt. Die US-Imperialisten wissen, daß sie heute nicht in Nicaragua oder gar in Kuba einmarschieren könnten, ohne auf erbitterten Widerstand zu treffen, der den Amerikanern schwere Verluste zufügen und sozialen Aufruhr zu Hause hervorrufen würde.

Die Sozialdemokraten in Westeuropa, französische und deutsche Bourgeoisie rufen nach einer „politischen Lösung“, weil sie befürchten, daß eine Invasion amerikanischer Truppen in Nicaragua und El Salvador zu einem „neuen Kuba“ in Zentralamerika führt. Und die Regierungen der Contadora-Staatengruppe wollen auf diese Weise verhindern, daß der rote Bazillus auf Venezuela, Panama und das mächtige Proletariat Mexikos übergreift, bis an die Türschwelle der USA. Der Führer der salvadorianischen Volksfront und Vize-Präsident der Sozialistischen Internationale, Ungo, drückte es so aus: „Die USA haben das Recht, die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern“ (*Baltimore Sun*, 3. Mai 1983).

Wenn die Reformisten aller Couleur jammern, „Kein zweites Vietnam in Zentralamerika“, antworten Revolutionäre: „Vietnam war ein Sieg! Zwei, drei, viele Niederlagen für den Imperialismus!“ Eine Niederlage des US-Imperialismus und seiner loka-

len Schlichter in Zentralamerika wäre ein mächtiger Schlag gegen den antisowjetischen Kriegskurs der Imperialisten. Von El Salvador, Nicaragua bis Berlin: *Verteidigt die Sowjetunion! Für den militärischen Sieg der linken Aufständischen in El Salvador! Nicaragua braucht MIGs! Verteidigt, vollendet die nicaraguanische Revolution! Für Arbeiterrevolution in Zentralamerika!*

Das Manifest des von den salvadorianischen Kommunisten unter Farabundo Martí (nach dem sich die FMLN benannt hat, nur um seine Politik des revolutionären Inhalts zu berauben), das zum Aufstand der Arbeiter und Bauern im Januar 1932 aufrief, verkündete:

„Die allgemeine Erhebung der arbeitenden Männer und Frauen zur Errichtung einer Regierung der Arbeiter, Bauern und Soldaten.
Genossen Arbeiter: Bewaffnet Euch und verteidigt die proletarische Revolution!
Genossen Eisenbahnarbeiter: Nehmt die Eisenbahnen und stellt sie in den Dienst der Revolution!
Genossen Bauern: Bemächtigt Euch der Ländereien der großen Haciendas und Farmen und schützt diejenigen, die heute ein Stück Land haben, und verteidigt Eure revolutionären Errungenschaften mit den Waffen ohne Erbarmen für die Reichen!
Genossen Soldaten: Feuert keinen einzigen Schuß auf die revolutionären Bauern und Arbeiter! Tötet Eure Kommandeure und Offiziere! Unterstellt Euch dem Befehl der Genossen Soldaten, die von diesem Zentralkomitee zu Roten Kommandeuren ernannt worden sind!
Genossen: Bildet Räte der Arbeiter, Bauern und Soldaten! Alle Macht den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten!“ (zitiert in Löwy, *El marxismo en América Latina*)

Dies ist die Tradition der internationalen Spartacist Tendenz, die des proletarischen Internationalismus von Lenin, Trotzki ... und Farabundo Martí. ■

Polen...

Fortsetzung von Seite 12

Walesa & Co. die Macht erobert hätten? Auslandskapital und NATO-Stützpunkte strömen herein, während das Land den Kapitalismus wiederherstellt. Klerikal-faschistische Banden terrorisieren die Kommunisten und andere Linke, genauso wie militante Arbeiter und andere „Unruhestifter“. Die Arbeiter merken bald, daß es nicht so gekommen ist, wie sie es sich vorgestellt hatten. Der Internationale Währungsfonds ordnet an, daß die Hälfte von ihnen im Rahmen von „Austeritäts“-Maßnahmen gefeuert wird, und mit dem Fleisch ist es auch vorbei. Dafür gibt es reichlich Priester. Glücklicherweise hatte das polnische stalinistische Regime genügend Überlebensinstinkte, um dies für den Augenblick zu verhindern.

Was soll jetzt geschehen? Wir unterschätzen nicht die Stärke des antikommunistischen Nationalismus in General Jaruzelskis Polen. Aber es gibt in den Fabriken und Universitäten zweifellos Kämpfer, die inspiriert

WORKERS VANGUARD

Put Butcher Duarte on the Run!

Invasion Elections in El Salvador

ABONNEMENT:
DM 45, – für 24 Ausgaben (Luftpost)
DM 8, – für 10 Probeexemplare

Zu beziehen über die Redaktionsanschrift

SPARTAKIST

Zerschlagt Reagans antisowjetischen Kriegskurs in Zentralamerika!

Kein Wunder, daß sie ihn in Havanna Adolf Reagan nennen. Was würde wohl passieren, wenn sie (der KGB? die Kubaner? die Sandinisten?) den Hafen von New York und den Potomac-Fluß verminen würden? Die Vereinigten Staaten würden in Null Komma nichts Krieg erklären – und das hieße weltweit Alarmstufe rot. Jeder weiß: Die Verminung der nicaraguanischen Häfen durch die USA war eine bewußte Kriegshandlung... und ein zynischer Akt der Heuchelei. Selbst vom Standpunkt der amerikanischen herrschenden Klasse war es, wie die *New York Times* (11. April) schreibt, „illegal, trügerisch und dumm“. Sehr dumm. Schon haben sie einen sowjetischen Tanker beschädigt (und die Russen nehmen so etwas nicht auf die leichte Schulter). **Verteidigt Nicaragua! Versenkt die Minenleger!**

Reagans Kriegsmaschinerie steht bereit für eine großangelegte Invasion in Zentralamerika. Und wir sprechen nicht von einer „Friedens“truppe à la Libanon, ein paar tausend Mann stark, oder den paar tausend, die nötig waren, um die winzige schwarze westindische Insel Grenada zu überfallen. Laut Pentagon wären 100 000 bis 150 000 US-Soldaten nötig, um Mittelamerika zu teilen, ganz zu schweigen davon, die kampfgeübten Sandinisten in Nicaragua zu stürzen und die mutigen linken Guerillakämpfer in El Salvador zu zerschlagen. Allein im letzten Jahr *verzehnfachte* sich die Zahl der US-Militär-„berater“ (erinnert euch an Vietnam), und ihre „Ratschläge“ geben sie immer direkter durch Eingreifen auf dem Schlachtfeld selbst. Honduras, einst eine schläfrige Bananenrepublik, ist zum US-Fort geworden, seit die Vereinigten Staaten dort sechs Luftlandebasen gebaut und permanent an die 2000 Soldaten stationiert haben. Nach dem gewaltigen US-Manöver „Ocean Venture“ in der Karibik mit 350 Kriegsschiffen und 30 000 Soldaten „üben“ starke amerikanische Truppenverbände an der honduranischen Grenze zur salvadoria-



Foto: Gramma

**Militärischer Sieg den linken Aufständischen in El Salvador!
Verteidigt, vollendet die Revolution in Nicaragua!**

nischen Provinz Chalatenango, einer von den linken Aufständischen kontrollierten Zone.

Reagans Politik, revolutionäre Aufstände in Zentralamerika durch lokale Schlächter unterdrücken zu lassen, funktioniert offensichtlich nicht. Die Contra-Terroristen der CIA gewinnen gegen die Sandinisten nicht an Boden. In El Salvador haben die Guerillas die mörderische Militärdiktatur aus einem Drittel des Landes vertrieben, und die dürfti-

ge Kontrolle über den Rest gleitet ihr aus den Händen. Dem US-Imperialismus verbleibt nur die Alternative: massiver Einsatz amerikanischer Truppen oder der Versuch, die mittelamerikanischen Nationalisten mit Zuckerbrot und Peitsche zum Ausverkauf einer „politischen Lösung“ zu bewegen.

Für Reagan ist Mittelamerika die Frontlinie des imperialistischen Kriegskurses gegen die Sowjetunion: Die UdSSR ist das militärische und industrielle Machtzentrum

aller Länder, in denen der Kapitalismus zerschlagen wurde, und die Sowjetunion ist in der Lage, den US-Imperialismus daran zu hindern, jeden Kampf der kolonialen Völker in Blut zu ertränken. Die kleinbürgerlichen Sandinistas in Nicaragua, die Führung der salvadorianischen FDR/FMLN (Revolutionär-Demokratische Front/Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti) und ihre reformistischen Freunde hier und weltweit, sie streiten alle ab, daß der Kampf in Mittelamerika irgendetwas mit dem „Ost-West-Konflikt“ zu tun habe. Unglücklicherweise ist es wahr, daß die nationalistische stalinistische Bürokratie im Kreml weder die salvadorianischen Guerillas bewaffnet noch Nicaragua die modernen Waffen liefert, die es braucht; aber der Zweck von Reagans Lüge über eine „kubanische und sowjetische Aggression“ in Zentralamerika ist es ja gerade, die amerikanische Bevölkerung für einen *wirklichen* Krieg gegen den Sowjetblock zu mobilisieren. Darum sagen wir: *Die Verteidigung von Kuba und der UdSSR beginnt in Zentralamerika!*

Duarte: „Demokratisches“ Aushängeschild für Todesschwadronen

Gabriel Garcia Marquez, der linke Romanschriftsteller aus Lateinamerika, erklärte, daß seine surrealistischen Stücke die erschreckende und sogar zum Wahnsinn führende Realität Lateinamerikas widerspiegeln; die jüngsten „Wahlen“ in El Salvador würden sich gut als Stoff für seine Bearbeitung eignen. Jeder der „Kandidaten“ ist nachweislich ein Massenmörder. Der Sieger der „Wahlen“, der von den USA unterstützte Christdemokrat José Napoleón Duarte, kam im Oktober 1979 durch einen „Menschenrechts-Coup“, den die Carter-Regierung deichselte, an die Macht und saß bis zum

Fortgesetzt auf Seite 11

Rassistischer Polizeiterror in Mannheim

Verteidigt MTIB/Işçinin Sesi!

Im Anschluß an eine Versammlung der MTIB (Fortschrittliche Einheit aus der Türkei) wurden am späten Abend des 13. April in Mannheim vier türkische Linke brutal überfallen und durch Schüsse schwer verletzt. Die Attentäter, drei blutrünstige Zivilpolizisten, hatten ihren Opfern aufgelauert und zunächst zwei von ihnen angepöbeln, gestoßen und mit rassistischen Provokationen wie „Türkenschweine – haut ab!“ bedroht, als zwei weitere MTIB-Anhänger ihren Freunden zu Hilfe eilten. Berechtigterweise vermuteten sie einen Nazi-Angriff und versuchten, sich zu verteidigen. Sofort schossen die Zivilbulln wild um sich. Als die Verwundeten auf der Polizeiwache Zuflucht suchten, erhielten sie dort jedoch nicht die erhoffte Hilfe und ärztliche Behandlung. Uniformierte Polizisten und die zivilen Scharfschützen schlugen nun gemeinsam

auf die türkischen Männer ein. Einer von ihnen, schwerverletzt von einem Hüftschuß, mußte sich nackt ausziehen und wurde brutal zusammengeschlagen, während ein Beamter kommentierte: „einen Meter zu tief getroffen“. Eine Stunde später folgte die polizeiliche Durchsuchung des MTIB-Büros, ein Genosse der Mannheimer MTIB (Sympathisantengruppe von Işçinin Sesi) wurde kurzfristig verhaftet. In den darauffolgenden Tagen wurden weitere 15-20 Türken in Mannheim festgenommen und mehrere von ihnen mißhandelt. Diese mörderischen Provokationen erinnern an die nächtlichen GESTAPO-Überfälle. **Protestiert gegen den blutigen Polizeiterror in Mannheim! Verteidigt die MTIB! Stoppt die Menschenjagd auf Ausländer!**

Mit eiskalter Berechnung führt der bürgerliche Staat die rassistische Routine seiner

polizeilichen Schlägertrupps fort und setzt – gemäß Goebbels’ „Großer Lüge“ – seine Opfer auch noch auf die Anklagebank. Aus Gründen der „Fluchtgefahr“ wurden am 10./11. Mai vier der Opfer des Mannheimer Überfalls verhaftet; einer von ihnen wurde noch während seines Krankenhausaufenthalts festgenommen. Am 22. Mai wurde ein weiterer MTIB-Unterstützer inhaftiert. Die Anklagen lauten: „Landfriedensbruch“ und „Widerstand gegen die Staatsgewalt“. Damit sind die fünf unmittelbar bedroht, an die türkische Mörderjunta ausgeliefert zu werden. **Abschiebung ist Mord! Stoppt die Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktion!**

Die vier türkischen Linken sind nicht die ersten, die der Kampagne für eine „ausländerfreie Nation“ im „deutschen Interesse“ zum Opfer fallen. Der westdeutsche „Rechts-

Fortgesetzt auf Seite 9